Freitag, den 23. März, abends 8 Uhr, in allen Bezirken Mitglieder - Versammlungen

Handlung. Als für die Gesamtpartei bindende Beschlüsse können Abstimmungen einzelner Bezirke nicht gelten. Darum unterstreicht der Parteitag noch einmal den Beschluß der CAS.

Der Weg zur Macht.

Die Auseinandersetzung um den Fall Schwarz begann in einer Situation, wo die Partei eben erst im Begriff war, ihre aus jahrelange Isolierung entstandene ideologische und organisatorische Erstarrung abzuwerfen, um aus dem Alltag des Klassenkampfes heraus die Losungen der Revolution zu schmieden. Die Geschichte der Partei läßt den stillen Widerstand einzelner ihrer Teile gegen das neue Gesicht der Taktik verständlich erscheinen, weil die Partei bis dahin nicht einmal praktisch mit dem Essener Kathederkommunismus fertig geworden war.

Wenn der Parteitag feststellt, daß dies idealistische Gespenst bis zur jüngsten Zeit in unseren Reihen spukt, und das die Reinigung von solch antiproletarischen Theorien je länger je mehr die Lebensfrage der Partei ist, so bedauert er zugleich, daß der Fall Schwarz die in der Partei wirklich vorhandenen Meinungsverschiedenheiten auf eine falsche Formel preßte, die eine restlose Klärung über die Grundlagen der Politik der Partei weiterhin erschwert. Der Parteitag spricht aus, daß der Organisation von zwei Seiten her Gefahren drohen, die in den Abgrund führen. Von der akademischen Verachtung des Klassenkampfes, die sich in der Gloriole revolutionärer Traditionen sonnt, führt ein gerader Weg zur politischen Geschäftsmacherei, wenn aus Tätigkeitsdrang um jeden Preis das Ziel über die Bewegung verloren geht. In einer solchen Situation wird dann zwangsläufig jene Reaktion heraufbeschworen, die Furcht vor Opportunismus als revolutionäres Prinzip ausgibt und damit vor dem Klassenkampf die Flucht ergreift. Die Partei hat sich in diesem Augenblick darauf zu besinnen, daß proletarische Realpolitik schärfste Selbstkritik gegen opportunistische Entartung fordert. Andererseits aber darf die Liquidierung der gegenwärtigen Differenzen keinesfalls bedeuten, daß die Partei wieder dahin zurückgeworfen wird, wo die Ideologie der Erstarrung erneute Isolierung bedeuten muß, so daß alle Kämpfe seit dem Essener Parteitag umsonst gewesen sind.

Indem die Partei gegen beide Gefahren den Kampf aufnimmt, bekennt sie sich erneut zur Notwendigkeit des Eingreifens in die täglichen Arbeitskämpfe mit dem Ziel durch direkte Aktion die Schlichtungsgesetzlichkeit zu sprengen und verpflichtet, alle Genossen in diesem Sinne nach besten Kräften innerhalb der Allgemeinen Arbeiter-Union zu wirken. Die Partei sagt allen sogenannten linken Strömungen im Proletariat die Wirtschaftskämpfe in Gegensatz zum Klassenkampf stellen, als Saboteuren der Revolution unerbittlichen Krieg an. Sie bekämpft die unhistorische, fatalistische Auffassung, die von gesellschaftlicher Entwicklung als blinder Notwendigkeit außerhalb menschlicher Betätigung spricht und will dafür wirken, daß die Proletarier aus der Praxis des Kampfes auf die politischen Zusammenhänge ihrer Lebensinteressen stoßen, wo allein die Notwendigkeit der Revolution bewußt werden kann. Die jeweiligen Anknüpfungspunkte dieser Tätigkeit können nur außerhalb der bürgerlichen Gesetzlichkeit liegen, so daß gewerkschaftliche oder parlamentarische Bindungen unter keiner Voraussetzung und in keiner Form in Betracht kommen.

Indem der Parteitag die realen Möglichkeiten zur Liquidierung der Opposition ins Auge faßt, ist er nicht nur verpflichtet zur Wachsamkeit gegen Opportunismus zu rufen, sondern muß auch die Frage nach der politischen Grundlage der Opposition stellen. Wichtig dafür ist die Tatsache, daß die Opposition wohl ohne jede Beschränkung gegen die Politik der Körperschaften gekämpft hat, daß sie aber nirgends der Essener Richtung entgegengetreten ist, die aus den gegenwärtigen Differenzen die Richtigkeit ihrer Auffassung ableiten will.

Indem der Parteitag seinen Standpunkt über die Lage in der Partei zusammenfaßt, gibt er allen ehrlichen Revolutionären Gelegenheit in die Reihen der Organisation zurückzukehren. Die Voraussetzung besteht in der Liquidierung jeglicher Fraktionsarbeit und restloser Wahrung der Parteidisziplin. Eine Verhandlung zwischen Kontrahenten lehnt er prinpiell ab.

Nur so kann die Partei zu einer ideologischen Einheit kommen die zur revolutionären Praxis unbedingt notwendig ist.

Niedersachsen.

Anträge und Beschlüsse der am 2. März in Delligsen stattgefundenen Bezirkskonferenz Niedersachsen.

Hannover, den 15. März 1928.

Die jetzige monopolistische Phase des Kapitalismus wird charakterisiert durch zwei hervorragende Momente: 1. die in immer kürzeren Intervallen den Weltwirtschaftskörper erschütternden Krisen, die insbesondere das europäische Kapital stark bedrängen und es zwingen, seine Produktionsmittel gewaltsam — natürlich auf Kosten des Proletariats — auf die zur Konkurrenzfähigkeit erforderliche technische Höhe zu bringen, scheinen zu einer Krise in Permanenz auszuarten. (Siehe die entsprechenden Publikationen in „Proletarier", „KAZ." und auch „Kampfruf".) 2. Die alten Arbeiterorganisationen, sowohl die offen reformistische II. und die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, wie auch die sich mit radikalen Phrasen drapierende „Kommunistische" Internationale, deren Taktik nicht zuletzt von den neukapitalistischen Interessen Rußlands bestimmt wird, stehen der Verelendungsoffensive des Kapitals hilflos gegenüber.

Es ergeben sich aus diesen beiden Tatsachen sowohl für Union wie auch für Partei ganz bestimmte Notwendigkeiten, die der Parteitag verpflichtet ist, klar und eindeutig vor dem internationalen Proletariat aufzuzeigen und damit die Linie der Partei als klassenbewußter, marxistisch-kommunistischer Vortrupp der Arbeiterklasse erneut festzulegen.

Der Kampf- und Klassenwille des Proletariats bildet sich im stetigen Interessenkonflikt zwischen Arbeit und Kapital im Betrieb. Die ehemals nützliche Rolle der Gewerkschaften, in deren Händen die Führung der sich aus diesen Konflikten ergebenden Kämpfe liegen, ist in der jetzigen Phase des Kapitalismus in ihr Gegenteil umgeschlagen, da sie, geschaffen, für die mit dem Kapitalismus wachsenden Bedürfnisse der Arbeiter einzutreten, heute entgegen den Tendenzen des Kapitals für die Befriedigung dieser Bedürfnisse kämpfen müßten. Das hat seinen Grund darin, daß die Entscheidung, ob, um was und mit welcher Intensität solche Kämpfe zu führen sind, infolge der Struktur der Gewerkschaften bei deren Führern liegt, die ökonomisch und ideologisch an die Bourgeoisie gefesselt sind. Indem die Arbeiter den Kampf in ihre eigenen Hände nehmen, wird ihnen die historische Rolle und Begrenztheit des Kapitalismus klar und sie werden in notwendiger Konsequenz dieser Einsicht mit der Schlichtungsdiktatur die kapitalistische Gesetzlichkeit durchbrechen und so, frei von verderblichen Illusionen, ihre eigene, nämlich die Diktatur des Proletariats erkämpfen. Die Allgemeine Arbeiter-Union ist die Organisation des proletarischen Klassenwillens und muß unter ständigem Hinweis auf die Unmöglichkeit der Lebenshaltungsstabilisierung des Proletariats auf dem Boden dieses Wirtschaftssystems die Kämpfe über ihr ursprüngliches Ziel hinauszutreiben suchen. Der Parteitag verpflichtet die Mitglieder der Partei, in diesem Sinne in der Union zu wirken.

Aus der Ablehnung der Führerpolitik, welche die Klassenbewußtseinsentwicklung des Proletariats hindert, folgt klar und eindeutig die Stellung der KAP. zum Parlamentarismus. Der Parteitag stellt fest, daß die im „Falle Schwarz" eingenommene Stellung des damaligen GHA. die einzig richtige und mögliche war und fordert die vorschnell und dem äußeren Schein folgenden opponierenden Genossen auf, die durch die grundlose Spaltung der Partei begangenen Fehler dadurch auszugleichen, daß sie nach ihrer Rückkehr in dieselbe mit erhöhter Objektivität an der Selbstbewußtseinsentwicklung des Proletariats arbeiten. Die Aufnahme derjenigen Oppositionellen, gegen die während des Ablaufs der Oppositions-Angelegenheit der Verdacht des unproletarischen Verhaltens entstanden ist, haben den ersten Schritt zum Beweis ihres reinen Gewissens damit zu tun, daß sie sich einer aus der nunmehr geeinten Partei gewählten Untersuchungskommission stellen, die über ihre evtl. Aufnahme entscheiden wird. Der Beschluß dieser Kommission ist bindend.

Die ZA.-Feststellung, die die Notwendigkeit der ideologischen Einheit der Partei hervorhebt, ist uns Richtschnur bei folgender Statutenänderung:

Der 1. Satz der Ziffer I des Org.-Statuts wird durch folgenden ergänzt:

„ . . . sofern er durch eine — für Arbeiter halbjährige, für Nichtarbeiter einjährige — Kandidatur seine Fähigkeit und Zuverlässigkeit bewiesen hat. Ueber die Aufnahme entscheidet die Mitgliedschaft der Ortsgruppe, doch bleibt dem ZA. die endgültige Bestätigung vorbehalten."

Zur planmäßigen und erhöhten internationalen Arbeit muß ein Genosse des GHA. besonders beauftragt werden. Die stärkere internationale Verbindung und Propaganda ergibt sich aus der gesamten wirtschaftlich-politischen Situation.

Aus den Wirtschaftsbezirken

Stettin

Politische Invaliden.

Am 19. März riefen die KAPD.- und AAU.-Ortsgruppen Stettin zu einer öffentlichen Versammlung auf, der die KPD. folgendermaßen zu begegnen suchte: Zwei „Sympathisierende", darunter ein gewisser Stark füllten sich vordem den Kadaver mit Schnaps, um den nötigen Mut für den „Angriff" von innen heraus zu produzieren. Ein Dritter, ein gewisser Brummer, sollte, wenn dies Manöver nicht glücken sollte, die Versammlung totreden.

Die anwesenden Proletarier durchschauten bald das Spiel und gaben durch Abstimmung ihrer Meinung dahin kund, daß diese beiden Ritter des Alkohols derweilen ihren Rausch auf der Straße spazieren führen sollen, wenn revolutionäre Arbeiter über ihren Kampf und ihre Angelegenheiten sprechen. Da die Moskaujünger das nicht freiwillig tun wollten, flogen sie nacheinander hinaus, und die Versammlung nahm ihren ungestörten Verlauf.

In einem zweistündigen Referat entwickelte der Redner die Stellung der KAPD. und AAU. und die Stellung des revolutionären Proletariats zur II. und III. Internationale. Die beifällig aufgenommenen Ausführungen bewiesen, daß auch in Stettin der Boden für revolutionäre Propaganda aufgelockert ist. Nach ihm kam dann sofort der Redner der KPD. an die Reihe, der dann zu retten suchte, was zu retten ist. Wie, das ist so interessant, daß es verdient, festgehalten zu werden.

Ueber die Granatenlieferungen des „Arbeiterstaates" an die deutsche Reichswehr setzte er mit einem großen Bogen hinweg. Die Sache war so heiß, daß er sie „vergaß", zu erwähnen. Dann kam das „Hauptargument". Die SPD. sage, in Rußland sei alles schlecht, und der Redner sage das auch! Und was braucht man angesichts solcher Beweise für die „Uebereinstimmung" noch lange nachdenken? Hier sind „Agenten Chamberlains" am Werke. Der Mann sagte so nebenbei noch, daß er sich im Gefängnis seine Augen verdorben hat. Hat also für seine revolutionäre Sache so nebenbei schon ungeheuer gelitten. Krankenkassen scheint es in Stettin nicht zu geben, daß sich der Märtyrer eine Brille holt, und so muß er jedesmal seine Gefängnisstrafe vorbringen, und daß er schlecht lesen kann. Ueberhaupt ein gewiegter Bursche. Er hatte 1925 neun Monate Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe erhalten, aber für zwei verschiedene Dinge. Darob legte er Berufung ein und machte dem Richter den Vorschlag, im Falle einer Verringerung der Gefängnisstrafe, die Geldstrafe für die zweite Sache in Gefängnis umzuwandeln, damit sich die Sache evtl. ausgleiche. Ebenso kameradschaftlich, wie er diese Sache vorbrachte (der Verteidiger wollte ihm die Blamage ersparen, aber er ließ sich nicht belehren), ebenso „kameradschaftlich" belehrte ihn der Richter der Klassenjustiz, daß das nicht ginge, weil es sich um zwei verschiedene Dinge handele. Diese Jämmerlichkeit, die die revolutionären Arbeiter Stettins nicht vergessen haben, sucht er nun mit erwecktem Mitleid über schwache Augen zu überschmieren, und wenn ein Arbeiter ihn als ekelhaften Patron kennzeichnete, so kann man das ruhig gelten lassen.

Dieser Märtyrer suchte also mühselig heraus aus der sozialdemokratischen Zeitung, daß die SPD. in Rußland noch keinen Kommunismus entdeckt hat. Und wenn die SPD. nein sagt, dann sagt ein „Kommunist" eben ja! Damit, so folgerte dieser Komödiant, „beweist" man, daß man „Kommunist" ist. Dann kam er mit der letzten Walze hervor, nämlich den „Verschwörungen". Seiner Meinung nach hat noch nie ein kapitalistischer Staat gegen einen anderen Streit gehabt. Als ihm zugerufen wurde, daß Deutschland letzthin ja auch die Beziehungen zu Polen abgebrochen habe, schaute er ein bißchen blöde drein, und meinte, das wäre eben etwas anderes. Was da „anderes" daran wäre, das konnte er zwar nicht sagen, aber er „fühlte" es wohl. Die Waffenbrüderschaft des „Arbeiterstaates" mit der Türkei, Litauen, der Kuomintang usw. verhält sich so: Auch Engels und Marx wären für „fortschrittliche" Kriege gewesen, und deswegen sei das Bündnis mit dem „Fortschrittler" Woldemaras eben richtig. Wem das nicht gefällt, der kann sich ja ein bißchen blind stellen. Der Mensch hat einmal etwas läuten hören, daß Engels und Marx für einen Krieg der Republiken gegen Monarchien waren, — unter gewissen Umständen, und in Zeiten des Frühkapitalismus mit schwach entwickeltem Proletariat — was macht er daraus? Die Verbrüderung des „Arbeiterstaates" mit dem Faschismus ist „fortschrittlich" und der darin eingeschlossene Burgfrieden des revolutionären Proletariats mit faschistischen Bluthunden ist „revolutionär". Der „kleine" Unterschied, daß heute das Proletariat nicht mehr das Anhängsel der Bourgeoisie sein darf, und daß Karl Marx im „Kommunistischen Manifest" sagt: **„Die Arbeiter haben kein Vaterland, man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben"**, verschwindet vor seinen schwachen Augen ins Nichts. Was kann schließlich der Mann dafür, daß er eben schlecht sehen kann!

Dieser blinde Mann sucht also alles zu verherrlichen; er kann sogar so weit sehen — wenn es sein muß — um Trotzki als kleinbürgerlichen Phantasten zu erkennen, und hat ihn auch pflichtgemäß verdammt. Das übrige Gewäsch war noch unter dieses seiner „theoretischen" Linie. Vervollständigt wurde das Bild dieses ehrlichen, halberblindeten Männleins noch dadurch, daß er sich beklagte, daß man seine beschwipsten Helfer hinauswarf, trotzdem sie nichts mit der KPD. zu tun hätten. Als man diese Lüge festnagelte, gab er klein bei. Das schlechte Augenlicht hat schon viel andere „Irrtümer" verursacht. Und es wäre ein Wunder, wenn dieser politische Invalide nicht den Schluß gebrüllt hätte, daß somit der „Nachweis" erbracht sei, daß die „Agenten Chamberlains" am Werke seien.

In der Diskussion entlarvte ein alter Funktionär der „Vulkan-Werke" das Geschwätz dieses Komödianten dahingehend, daß er in seiner Funktion als Betriebsrat vor Blindheit nicht wußte, was er zu tun hatte, und das in Zeiten revolutionärer Situationen. Angesichts der Tatsache, daß dieser alte Arbeiterfunktionär hier aufstand, und offen von seinem ehemaligen Parteifreund abrückte, wurde das blinde Männlein obendrein auch noch stumm. In ganz vorgerückter Stunde wurde die Versammlung geschlossen. Drei Mann brachten ein Hoch auf „Sowjetrußland" aus. Unsere Genossen werden auch hier noch besser lernen als bisher, das Blindekuhspiel politischer Simulanten zu entlarven, und der revolutionären Bewegung eine noch breitere Gasse zu bahnen.

Leipzig

Märzkundgebungen der AAU. in Mitteldeutschland.

„Lehren der Märzaktion und die Klassenkämpfe der Gegenwart" war das Thema eines am Freitag, den 16. III. stattfindenden öffentlichen Diskussionsabends in Leipzig. Die Veranstaltung, die nur mit ausgeschriebenen Blancoplakaten und selbstgefertigten Handzetteln vorbereitet wurde, war von 10 Nichtmitgliedern besucht. Eine Anzahl Proletarier sind durch Kauf unserer Literatur und durch Nachfrage nach weiteren Veranstaltungen in Beziehungen zu uns getreten, ein Sympathisierender hat sich im Anschluß an die Ausführungen des Referenten bei uns organisiert. — Wie das in diesem Referat geschehen war, so forderte die AAU. Mitteldeutschlands in einem am folgenden Tage erschienenen Flugblatt unter Erinnerung an die bedeutsame historische Rolle der Allgemeinen Arbeiter-Union und Kommunistischen Arbeiter-Partei in den mitteldeutschen Kämpfen von 1920—21 die mitteldeutsche Arbeiterschaft auf, die Lehren aus diesen Kämpfen durch organisatorischen Zusammenschluß in der Allgemeinen Arbeiter-Union zu ziehen. Als unsere Genossen am Sonnabend, den 17. März an den Werkeingängen von Leuna zur Mittagsschicht das Flugblatt verteilten, zeigte sich, daß trotz des Terrors der Pinkertonbanden, die als Arbeiter verkleidet, sofort vor den Toren auftauchten und unsere Genossen zu vertreiben suchten, bei den Leunaproleten die Sympathie für uns ist. Unsere Genossen wiesen die in Massen aus der Leunahölle strömenden Proleten auf das Gesindel hin, so daß diese von der Bourgeoisie geschätzten Ehrenmänner nicht wagten, die Flugblattverteilung zu unterbinden. Erst nach dem Abstrom der Massen nahmen uniformierte, in dem Werk seit 1921 stationierte, Grünne, Hörsings die Namensfeststellung unserer Genossen vor. Den Text des Flugblatts, auf dem zur Teilnahme an der Kundgebung in Ammendorf aufgefordert wurde, hatte die Pinkertonzentrale im Werk sofort an das Polizeipräsidium Halle weiter gegeben. Die aufrüttelnde Wirkung der Flugblattverteilung war sowohl mittags als auch bei der Verteilung der Nachtschicht an Aeußerungen zahlreicher Proleten zu spüren, die in Zurufen „Endlich wieder mal was Richtiges" und auch dadurch zum Ausdruck kam, daß eine ganze Anzahl von Arbeitern Packen Flugblätter mitnahmen, um sie weiter zu geben. — Am Sonntag vormittag legten unsere Genossen in Merseburg einen Kranz mit Schleife an den Gräbern der Märzgefallenen nieder. Dort hatte das Reichsbanner des Herrn Hörsing die Schamlosigkeit besessen, einen Kranz mit schwarz-rot-goldener Schleife an den Gräbern der von Hörsings Grünen gemeuchelten Proletariern aufzustellen. Diese Leute wollten offenbar vergessen machen, daß ihr hoher Chef nach der Märzaktion seinen Grünen Dank und Anerkennung für die „umsichtige Niederwerfung des Aufstands", d. h. für den Arbeitermord aussprach. Auch dieser neuen schamlosen Beschimpfung des Proletariats durch die Bourgeoisierepublikaner soll zu gegebener Zeit gedacht werden. — In Ammendorf im Burgschlößchen rollte unser Redner in packenden Bildern die Lehren der Märzkämpfe auf. Eindringlich wies er nach, wie die Märzkämpfe, insbesondere die Märzaktion an der gewerkschaftlich parlamentarischen Ideologie der Massen zusammenbrach. Die Massen waren zu revolutionärem Handeln infolge der leninistischen Bündnispolitik mit den halben und ganzen Sozialverrätern von SPD und USP. nicht fähig und ließen die kämpfenden Revolutionäre im Stich; in einer Wandzeitung hatten wir die feigen Ausflüchte der Levi, Brandler, Zetkin und damit der KPD. nach der Märzaktion in Erinnerung gebracht.

„Was die KAP. tut, die zum Kampf um die Diktatur des Proletariats aufruft, das kann uns doch nicht in die Schuhe geschoben werden, dafür kann man uns doch nicht verantwortlich machen" — sagte der gegenwärtige literarische Mitarbeiter Brandler der KPD. damals vor dem Klassengericht. Seine Freunde, die Schumann, Fröhlich, Talheimer usw. sind die heutigen Führer und Reichstagskandidaten der KPD. Rezitationen und Gesang gaben der Feier revolutionären Schwung. Anschließend zogen die Teilnehmer der Versammlung zum Friedhof, wo ein Mitkämpfer von 1921 an den Gräbern den Kranz der AAU. niederlegte. — Am Nachmittag haben wir in Halle auf dem Gertraudtenfriedhof im Gedenken an die Gefallenen für die Fortsetzung der revolutionären Kämpfe von 1918—21 demonstriert, deren Losung „Alle Macht den Räten" heute allein in der Allgemeinen Arbeiter-Union und der KAP. lebendig erhalten werden.

Organisatorische Mitteilungen

Groß-Hamburg.
Eimsbüttel-Altona.

Am Freitag, den 23. März, 8 Uhr, öffentlicher **Diskussionsabend** im Lindenkrug, Lindenallee 31. Tagesordnung: **Was will der Leninbund?** KAP. — AAU.

Bezirk Mitteldeutschland.

Sonntag, den 25. März, vormittags 9 Uhr, **Bezirkskonferenz** der KAPD. in Weißenfels, Lokal „Volkshaus", Merseburger Straße. — Die AAU.-Gruppen des Bezirks sind eingeladen.

KAP. Groß-Berlin.

Mitgliederversammlung

am Donnerstag, den 29. März 1928, abends 7.30 Uhr, in den Andreas-Sälen, Andreasstraße 21.
Restlose Beteiligung aller Genossen erwartet
Der Berliner Arbeits-Ausschuß.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Georg Strübing, Berlin N. — Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, Willy Iszdonat, Berlin O 17.

9. Jahrg. Nr. 24

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.
Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, 25. März 1928
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1,50 Mark, zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal.
Inserate werden nicht aufgenommen.

Die Kette der Niederlagen

Welches sind die Ursachen?

Eine Anzahl Wirtschaftskämpfe von weittragender Bedeutung sind abgeschlossen. Streiks, deren Zeitdauer, trotz dabei mitwirkender „gewerkschaftlicher Strategie" die Erbitterung der streikenden Proletarier widerspiegeln. Und wir glauben behaupten zu dürfen, daß die letzten Konflikte zwischen Kapital und Arbeit in manchem gewerkschaftstreuen Arbeiter das Gefühl des Unbehagens erweckt haben. Es war für die Bonzen der gewerkschaftlichen Organisationen nicht sehr leicht, den Abschluß der Kämpfe mit der Glorie von „moralischen Erfolgen" zu umschreiben. Denn die Proletarier betrachten als sichersten Gradmesser ihrer Erfolge die mit erhöhten Zahlen beschriebene Lohntüte, und bringen der Auffassung der Gewerkschafts-Bürokratie über „moralische Erfolge" wenig Verständnis entgegen. Doch das ist für die Bürokratie keine Gewissensfrage, sie spekuliert auf die so gepriesene gewerkschaftliche Disziplin und Vergeßlichkeit des Arbeiters, und die in den letzten Jahren abgelaufenen Streiks und deren „erfolgreiche" Beendigung bestärkt sie in ihrer Spekulation.

Trotz des offensten Verrats, und der letzte Konflikt der Werkzeugmacher war die Krönung der Judasrolle der Gewerkschaften, begreift das Proletariat nicht die Ursache seiner Niederlage.

Als am Ende des Jahres 1926 die englischen Bergarbeiter streikten, und die deutschen Bergarbeiter durch den Streikbruch beitrugen an der Niederlage des englischen Grubenproletariats, gelang es dem deutschen Kapitalismus durch die Eroberung der nach industriellen Produkten dürstenden Absatzmärkte des englischen Kapitalismus eine kurze Prosperitätsperiode einzuleiten. Diese wurde jedoch in Frage gestellt, als derjenige Kapitalismus, gestützt auf die aus der Niederlage der englischen Kumpels gepreßten Löhne und dem ungeheuren Druck auf die Arbeitsintensität, den Kampf um die Wiederbesitznahme seiner verlorenen Absatzmärkte aufnahm. Die Folge war ein mit ungeheurer Schärfe einsetzender Druck der deutschen Bourgeoisie auf die Proletarier, um durch Reduzierung der Arbeitslöhne, Verlängerung der Arbeitszeit, die eroberten Absatzmärkte zu halten. Dieser Druck löste im Proletariat den Gegendruck aus. Der Streik der mitteldeutschen Braunkohlenarbeiter, der westdeutschen Textilarbeiter, sächsischen Hüttenarbeiter, mitteldeutschen Metallarbeiter und als letzter der Werkzeugmacherstreik, um nur die wichtigsten zu nennen, ist die wenn auch schwächliche Antwort des Proletariats. Vier, fünf und mehr Wochen streikten die einzelnen Kategorien, um dann, geschlagen durch Schiedsspruch und Verbindlichkeitserklärung den Kampf ohne, oder mit ganz geringen Lohnpfennigen als Siegespalme abzubrechen. Selbst da, wo der Wille zum Kampf noch vorhanden war, selbst gegen die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches den Kampf weiterzuführen, wird von der Gewerkschaft unter Hinweis auf die gesetzliche Bindung an das Schlichtungswesen der Widerstandsgeist rücksichtslos gebrochen. **„Der Streik ist beendet"** kommandierte Urich im Werkzeugmacherstreik und „wer nun streikt, streikt wild!" Hier ist die Frage notwendig: Ist jene Henkersrolle der Gewerkschaften eine nur aus der moralischen Verlumptheit des einzelnen Führers oder des bürokratischen Apparates erklärliche, — und die Parole der KPD. „Hinweg mit den reformistischen Verrätern" — läßt diesem Gedanken Raum, oder sind noch andere Ursachen vorhanden? Jawohl es ist nicht nur der schlechte Führer, dessen moralische Verkommenheit die Niederlage rechtfertigt, denn wäre es so, dann wäre die Möglichkeit vorhanden, diesen schlechten Führer hinwegzujagen, um an seine Stelle einen besseren zu setzen. Doch hier zeigt die Erfahrung, daß die Eroberungspolitik der KPD. seit 9 Jahren zu keinem positiven Resultat gelangt ist. Der bürokratische Apparat mit seinem Paragraphen unterbindet fast immer die Möglichkeit einer personellen Aenderung. Und da wo es einmal gelingt, einen Ortsvorstand zu besetzen, kann derselbe nur die von seinem reformistischen Vorgänger betriebene Politik im Rahmen der Gewerkschaften fortsetzen (KPD.-Politik in Halle usw.). Der „reformistische Verräter" ist keine Abstraktion, sondern sein Verrat wird aus Inhalt und Aufgaben der gewerkschaftlichen Organisationen geboren. Das heißt, welche Stellung die Gewerkschaften zum proletarischen Klassenkampf einnahmen.

Genau so, wie die verschiedenen Produktionsformen Veränderungen unterworfen sind, so sind auch die mit den Produktionsformen, und in diesem Fall der Kapitalismus, geborenen und sich entwickelnden Organisationen dieser Umwertung unterworfen. War in der Entwicklung des Frühkapitalismus die gewerkschaftliche Organisation inhaltlich und organisatorisch bedingt, so schlug aber mit der imperialistischen Höhe des Kapitalismus, diese in ihr Gegenteil um, sie wurde zur Fessel des Klassenkampfes. Ihr Verwachsensein mit dem Kapitalismus stellte sie bei Ausbruch des Krieges vor die Aufgabe, den Kapitalimus zu erhalten, statt ihn zu vernichten.

Darum der Kampf der Gewerkschaften gegen jede Gefahr der Störung des kapitalistischen Wirtschaftslebens. Darum ihr Kampf gegen den Streik großer über den Rahmen des Berufs oder Industriegruppe hinaufgehenden Arbeitermassen. Darum Anerkennung der Schiedsgerichte und Verbindlichkeitserklärungen. Und in diesem Kampf um die Erhaltung des Kapitalismus und auch damit um die gewerkschaftliche Organisation trägt auch die KPD. durch die Verschleierung der wirklichen Ursachen des gewerkschaftlichen Verrats durch den Hinweis und das Geschrei auf die reformistischen Verräter die Schuld. Sie hat während aller Kämpfe mit der Phrase „Verbreiterung des Kampfes" und **„Zwingt den ADGB. zu diesem Schritt"**, ohne den Versuch einer Realisierung selbst zu übernehmen, gezeigt, daß alle diese Parolen nicht ernst gemeint waren. Aber sie sind gefährlich, weil die nach Radikalismus riechenden Parolen, verbunden mit dem Ruf „Hinein in die Gewerkschaften" die Proletarier fesseln an die alten Organisationen und sie verhindern neue Wege des Klassenkampfes zu gehen.

Selbst vor der Propagierung des Streikbruchs schreckt die KPD. nicht zurück. Beim Streik der Hochbahner forderte die „Rote Fahne" vom 11. Oktober 1927 die Straßenbahner auf, „keine Wagen mehr wie bisher zu fahren", also doch zu fahren, und somit jede Solidarität anderer Verkehrsarbeiter zu unterbinden. Also bessere Weggenossen können sich die „reformistischen Verräter" nicht wünschen. Sie gleichen den von Heinrich Heine zitierten Rabbi und Mönch, die alle beide stinken.

Das Proletariat muß diese Sorte von Arbeiterorganisationen und ihren Außengarnituren abschütteln. Es ist dies nur möglich, wenn es rücksichtslos mit diesen alten gewerkschaftlichen Auffassungen und Organisationen bricht. Denn die kommenden Kämpfe stellen die Arbeiterschaft wieder vor die Entscheidung, entweder Sieg oder Niederlage, und dann die Proletarier aus den hinter ihnen liegenden Kämpfen keine Lehren gezogen haben, ist Niederlage auf Niederlage gewiß. Darum begreift, Proletarier, daß es jetzt von euch abhängt. Nicht Streik eines Berufes oder Branche, die mit der Niederlage enden muß, sondern Aktion der gesamten Arbeiterklasse, praktische Solidarität bei jedem ausbrechenden Konflikt. Nehmt die Verantwortung auf euch selbst. Wählt euch Aktionsausschüsse zur Führung des Kampfes, die an keine gesetzlichen Paragraphen gebunden sind. Der gesamte Inhalt des Klassenkampfes muß anders werden. Von der Abwehr muß zum Angriff gegen die Ausbeutungsordnung geschritten werden.

Wenn aber ein Erfolg in dieser Richtung errungen werden soll, muß Vorarbeit geleistet werden, organisatorisch die Front zu markieren, durch Gründung von Betriebsorganisationen und deren Zusammenfassung in der Allgemeinen Arbeiter-Union als Bedingung für erfolgreiche Massenaktionen. Jene Organisationsformen, die auf der Erkenntnis basieren, daß den veränderten ökonomischen und politischen Verhältnissen auch in der Frage des proletarischen Klassenkampfes und seiner organisatorischen Grundlage Rechnung getragen werden muß. In den Händen des Proletariats selbst liegt es, daß diese Organisation zum Träger der Auseinandersetzungen wird. Nicht mehr Selbstzweck in der Hand einer feilen Bürokratie. Die Niederlage wird zur Quelle künftiger Siege, wenn das Proletariat begreifen lernt, daß es sein Schicksal selbst in die Hand nehmen muß, jede Niederlage lehrt es von neuem. Trotz Niederlagen heißt die Parole: Zu neuem Kampf!

Litwinow in Genf

Die Vertretung der russischen sogenannten „Sowjetrepublik" ist erneut in Genf erschienen, um das vor einigen Monaten begonnene heuchlerische Spiel um den Frieden fortzusetzen. Die Debatte über den Litwinowschen Abrüstungsvorschlag geht weiter von statten.

Der Linksschwenkung Stalins versucht in seiner Taktik wie in seinen Reden auch Herr Litwinow Ausdruck zu geben.

Allerdings bringt er es nur zu einem radikalen Pazifismus, denn weiter kann er vor den Größen eines Völkerbundes nicht gehen, dessen Aufgabe es angeblich ist, den „Frieden" zu beraten und herzustellen. Herr Litwinow streut in seine anderweitig sehr diplomatischen Redensarten mit Vorliebe immer wieder ein pazifistisches „Alles oder nichts" ein. Ueber den russischen Vorschlag einer völligen und sofortigen „Abrüstung soll en bloc abgestimmt werden. Ansonst habe es keinen Zweck, weiter zu verhandeln. Und die „Rote Fahne" sucht natürlich gerade diesen Teil des Litwinowschen Redewerks für ihre kleinbürgerlichen Wahlzwecke breitzuschlagen und auszuwalzen. Es ist kaum nötig, noch einmal darzulegen, was an dieser „pazifistischen" Ideologie und Strategie, selbst wenn sie ernst gemeint wäre, grundfalsch und gegenrevolutionär ist. Es hieße, das Problem des kleinbürgerlichen Pazifismus insgesamt aufreißen. Aber klar ist, daß diese „Taktik" die Massen bestenfalls für die allgemeine Abrüstung, also auch des proletarischen Klassenkampfes gewinnt und sie noch dazu veranlaßt, die Frage dieser Abrüstung getrost in die Hände der vereinten kapitalistischen Ausbeuterklasse zu legen. Es sind das die „republikanischen" Methoden der Sozialdemokratie im Weltmaßstabe und auf die internationalen Fragen angewandt.

Jedoch der „Pazifismus" der Herren Litwinow und Stalin ist nur in einem Sinne „ehrlich" gemeint, nämlich, sofern es sich um die „Abrüstung" des revolutionären proletarischen Klassenkampfes handelt. In dieser Hinsicht überschlägt sich Herr Litwinow gegenüber den britischen Anzapfungen des Lord Kuschendins geradezu in „ehrlichen" Verbeugungen und Zusicherungen. Das Rußland, das auf der Weltwirtschaftkonferenz in Genf das „Nebeneinanderbestehen" des sozialistischen und kapitalistischen Systems zur Grundlage seiner Politik machte, das seine Revolutionäre in die Gefängnisse und Zuchthäuser schickt, das seine eigene Arbeiterklasse dem innerrussischen Kapitalismus zur Beute hinwirft, denkt gar nicht an einen revolutionären Kampf gegen die kapitalistischen Partner. Darin spricht Litwinow die volle Wahrheit. Im übrigen offenbart sich sein scheinbar „radikaler" Kleinbürgerpazifismus als derselbe Pazifismus, wie ihn in Frankreich die Paul Boncour und in Deutschland etwa die Breitscheid, Stresemann und Groener vertreten. Denn das Kleinbürgertum hat auch auf diesem Gebiete seine selbständige ideologische Rolle längst ausgespielt.

Zunächst ist Herr Litwinow natürlich gegen die innere Abrüstung. Die Tscheka, die so prächtige Dienste gegen rebellische Arbeiter leistet und die Sowjetmillionäre und „Mittelbauern" so prächtig schützt, wird dem russischen Volke selbstverständlich erhalten bleiben. Den entsprechenden Argumenten seiner offen bürgerlichen Partner, die dem russischen Vorschlag auf völlige Abrüstung immer wieder entgegenhalten, schon für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Inneren, sei eine bewaffnete Truppe von Nöten, kann Herr Litwinow ernstlich nichts entgegenhalten.

Es kommt hinzu, daß die Gegner noch auf eine andere Schwäche der Litwinowschen Abrüstungspolitik hinweisen können. Rußland ist Kolonialmacht. Es hat sich die östliche Mongolei in Form eines „Volksstaates" tatsächlich angeeignet, obwohl die dortigen Lamas die Werke Lenins — vielleicht zu ihrem Glück — kaum dem Namen nach kennen dürften und hat z. B. auch in der Mandschurei, wo es nach den „leninistischen" Regeln vom „Selbstbestimmungsrecht der Völker" gar nichts zu suchen haben dürfte, sehr starke und aktive Interessen. Dazu bestehen Bündnisse mit den ebenfalls selbständigen Monarchien in Persien und Afghanistan und dem Faschismus der Türkei. Die übrigen kapitalistischen Kolonialmächte können hierin mit Recht bezweifeln, daß der Pazifismus der Russen ein „ehrlicher" ist. Er steht auf derselben Stufe wie der der englischen Bourgeoisie und anderer Kolonialmächte.

Auch ist der Sowjetmillionär oder der „Mittelbauer" in seiner wirtschaftlichen und der daraus folgenden psychologischen Verfassung nicht anders zu bewerten wie der Bourgeois der sonstigen Welt. Nicht Abrüstung, sondern impe-

rialistische Aufrüstung ist notwendigerweise auch sein Programm.

Die ganze Misere des Genfer Schwindels wird weiterhin klar, wenn man sich fragt, wer denn bei Weiterbestehen der kapitalistischen Staaten und Nationen die Abrüstung kontrollieren soll. Offenbar ist dazu niemand imstande.

Was ist nun der wirkliche Sinn der Litwinowschen „Linksschwenkung". Er ist derselbe wie der der sogenannten „Linksschwenkung" überhaupt. Mit geschwollenen Phrasen soll das Zurückweichen des russischen Kleinbürgertums vor der Weltbourgeoisie verschleiert und nach einigen ohnmächtigen Protestversuchen ein wackerer Rückzug vollzogen werden.

Wesentlich sind nicht die Stellen in der großen Rede Litwinows, in denen er die volle und sofortige Abrüstung fordert, sondern diejenigen, in denen er die Linie der weiteren Kompromisse andeutet. So die, wo er betont, daß die russische Regierung trotz ihres „prinzipiellen" Standpunktes der Teilkonvention, die „den Gas- und bakteriologischen Krieg verbiete, anläßlich der letzten Sitzung der Vorbereitenden Abrüstungskommission dennoch unterzeichnet hat". („R. Fahne" vom 20. März.) Charakteristisch ist auch seine Begrüßung der franko-amerikanischen Verhandlungen und Teilvorschläge über den Frieden.

Am Bezeichnendsten für das innerste Wesen des Kulaken-Pazifismus sind aber die Bundesgenossen, deren er sich in Genf bedient. Da ist es der Vertreter des türkischen Arbeiterschlächters Kemal Pascha, der „die sowjetrussische Initiative sofort unterstützte und in seiner Rede den ehrlichen Willen des benachbarten und befreundeten Sowjetrußlandes zum Frieden und zur Abrüstung vorbehaltlos anerkannt hat." Die „Rote Fahne" vom 20. März 1928, der wir dieses Zitat entnehmen, nennt diese Aeußerung eines Gehilfen der türkischen Arbeiterschlächter „politisch bedeutsam".

Neben den türkischen fühlen auch die deutschen Arbeiterschlächter nicht. Graf Bernstoff als Vertreter der Hindenburg-Republik in Genf, tut sein Aeußerstes, um die russischen Vorschläge zur Annahme gelangen zu lassen und dementiert auf diese Art trefflich die Phrasen von der ausschließlichen Westschwenkung des deutschen Imperialismus.

Wir verweisen an anderer Stelle unseres Blattes darauf, daß die Deutschnationalen es sind, die die amtlichen Dokumente der russischen Regierung zur Friedensfrage drucken, herausgaben und verbreiten. Damit ist der „Pazifismus" des Kulakentums endgültig entlarvt. Er steht auf der gleichen Stufe wie derjenige aller Kapitalisten und Imperialisten, d. h. er ist hundertprozentiger Schwindel und eine Maske, hinter der sich das Gesicht der herrschenden Klasse notdürftig verbirgt. So erweist sich auch hier der russische Staat als ein Eckpfeiler der kapitalistischen Weltfront.

Politische Rundschau

Die Krise im Sowjetdorfe

Wachsende Rebellion der Kulaken.

In einer Situation, wo der gesamte leninistische Blätterwald widerhallt vom Rachegeschrei gegen ausländische Industrie-Saboteure im Lande des „sozialistischen" Aufbaues, ist es notwendiger als je, einen besonderen Blick zu werfen auf jene Wirtschaftssabotage, deren Zentrum das Sowjetdorf ist. Denn die Schwierigkeiten, die der Moskauer Regierung aus diesen agrarischen Sabotageaktionen erwachsen, sind weit größer und schwerwiegender, da bekanntlich die landbesitzende Bauernmasse die zentrale Figur des heutigen Rußlands ist.

Die Verhältnisse, die sich seit der bolschewistischen Konzessionspolitik im Dorfe (Wiedereinführung des freien Handels, der Lohnarbeit usw.) hier entwickelten, haben sich nachgerade so zugespitzt, daß man ohne Uebertreibung von einem krisenhaften Zustand sprechen kann. Unter der bolschewistischen Losung: „Das Gesicht dem Dorfe zu" wurde vor Jahren eine Agrarpolitik sanktioniert, in derem Schutze die reichen kulakischen Elemente ihre gesellschaftliche Macht auf dem Lande so festigen und erweitern konnten, daß die regierungsbolschewistischen Führer heute die aus dieser Entwicklung entspringenden ernstesten Gefahren öffentlich signalisieren müssen. Die russischen Regierungsorgane können nicht länger die wachsenden Schwierigkeiten auf dem Dorfe totschweigen, — wenn auch die „Roten Fahnen" aus propagandistischen Gründen von dieser schwarzen Kehrseite des „sozialistischen" Aufbaues noch nichts berichten dürfen.

Worin besteht nun im wesentlichen die Krise im Sowjetdorfe? Sie kommt vor allem sichtbar zum Ausdruck in dem wachsenden produktionstechnischen Mißverhältnis zwischen Industrie und Landwirtschaft. Die technische Höherentwicklung der russischen Industrie (besonders der privatkapitalistischen Konzessionsbetriebe) durch Rationalisierung usw. geht bedeutend rascher vonstatten, als die Seigerung der Leistungsfähigkeit der Agrarbetriebe. Das hat hauptsächlich seine Ursache darin, daß der russische Feudalbesitz durch die bolschewistische Agrarpolitik in 22 Millionen Bauernwirtschaften zerschlagen wurde, womit gleichzeitig die notwendige Durchführung einer planmäßigen landwirtschaftlichen Konzentrationspolitik äußerst erschwert ist, während anderseits die industrielle Entwicklung schon an sich auf weniger Schranken stößt.

Die wichtigste Folgeerscheinung dieser produktionstechnischen Rückständigkeit der russischen Landwirtschaft ist eine ungenügende Kapitalsakkumulation der Agrarwirtschaft, gemessen an der Akkumulationsfähigkeit der industriellen und vornehmlich der privaten Betriebe. Die landbesitzenden Bauern können bei ihrer ungenügend entwickelten Produktionsweise nicht soviel Kapitalien anhäufen, um ihre Wirtschaften aus eigener Kraft leistungsfähiger zu gestalten. Das große russische Dorf mit seinem gigantischen Millionenheer ist nur ein verschwindend kleiner Absatzmarkt für industrielle Erzeugnisse, weil die Masse der Bauern eben nur das Notwendigste zum Lebensunterhalt kaufen und keine großen Ausgaben für moderne Neuanschaffungen oder gar für produktionsfördernde landwirtschaftliche Maschinenparks machen kann.

Genossen! Sorgt für sofortige und pünktliche Abrechnung, damit das regelmäßige Weitererscheinen der „KAZ" gesichert werden kann.

Diese Verhältnisse im Sowjetdorfe werden außerdem noch wesentlich verschärft durch die staatliche Politik der Preisdrosselung für Agrarprodukte. Da Rußland als Agrarstaat auf den Großexport von Getreide lebensnotwendig angewiesen ist, muß die Moskauer Regierung den Getreidepreis so niedrig wie möglich halten, um auf dem Weltmarkt erfolgreich konkurrieren zu können. Denn die russische Wettbewerbsfähigkeit auf dem internationalen Getreidemarkt kann bis dato nur gehalten werden, wenn das Manko in der produktionstechnischen Entwicklung des Sowjetdorfes ausgeglichen wird durch künstlich gesenkte Exportpreise, — ungeachtet dessen, daß dadurch in Rußland selbst eine große Preisspanne zwischen Industriewaren und Agrarprodukten besteht.

Diese regierungsbolschewistische Preisherabdrückungspolitik auf dem Lande wirkt sich bei dem Privateigentumscharakter der russischen Agrarwirtschaft natürlich dahingehend aus, daß die besitzenden Bauernschichten gegen dieses System mehr und mehr zu rebellieren beginnen. Besonders der reiche Bauer, der K u l a k, empfindet am stärksten die Fessel der staatlichen Getreidepreisdrosselung und versucht, sich mit seinen Klassengenossen gegen diesen seine Wirtschaft hemmenden Zwang zur Wehr zu setzen. Welch scharfe Formen der Kampf der kulakischen Dorfelemente gegen die Preisherabdrückung der Regierung bereits angenommen, zeigt sich klar und deutlich in der jetzigen staatlichen Getreidebeschaffungskampagne. Die Fälle sind nicht mehr vereinzelt, wo die Bauern ihre Getreidevorräte einfach nicht zum Verkauf an den Staat abliefern, wo die reichsten Kulaken den Getreideüberschuß ihres Bezirkes kurzerhand aufkaufen und einen planmäßigen Kampf für Erhöhung der Getreidepreise organisieren. Der bäuerliche Widerstand gegen die staatliche Getreidebeschaffung ist schon so stark, daß die Regierungsorgane bereits etliche kulakische Wortführer verhaftet haben und mancherorts sogar zu g e w a l t s a m e n Requisitionen der Getreidevorräte schreiten mußten. Aber durch diese gewaltsame Getreidebeschaffung werden die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, und damit die sozialen Gegensätze im Sowjetdorfe nicht etwa verringert, sondern weiter verschärft. Die Kulaken verlieren in wachsendem Maße das Interesse an der Produktion: sie verkleinern die Saatfläche, indem sie auf die Weiterbebauung des von den kleinen Bauern abgepachteten Landes einfach verzichten! So erzeugt der staatliche Druck zum Getreideverkauf für einen künstlich niedrig gehaltenen Preis die gegenteilige Wirkung: nämlich eine den Getreideexport fühlbar erschwerende Produktionseinschränkung und die weitere Zuspitzung der Verhältnisse im Sowjetdorfe!

Die regierungsbolschewistischen Führer sind sich natürlich völlig klar darüber, daß die Wirtschaftssabotage der Kulaken in ihrer Auswirkung für das ökonomische Gleichgewicht Rußlands viel gefährlicher ist, als die „Verschwörung" der Industriesaboteure am Donez. R y k o w hat in einer Rede (die wir am Schluß auszugsweise wiedergeben) offen von der Getreidebeschaffungskritis gesprochen und klar die gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Sowjetdorfe sowie die noch drohende ernste Gefahr einer Einschränkung der Anbaufläche aufgezeigt. Der Moskauer Regierung blieb auch gar kein anderer Weg übrig, als in der Getreidebeschaffungskampagne zu drakonischen Zwangsmaßnahmen zu greifen. Denn der Kapitalfonds der Staatsindustrie konnte für die Getreidebeschaffung nicht eingesetzt werden, weil er einerseits gar nicht groß genug dafür ist und weil er anderseits dringend zur Rationalisierung der verstaatlichten Betriebe selbst gebraucht wird. Deshalb mußte die russische Regierung den Kulaken die Getreidevorräte mit Gewalt abnehmen, ohne damit auf die Wiederherstellung des kriegskommunistischen Systems hinzusteuern. Im Gegenteil: Rykow hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß eine ohne Gewaltanwendung mögliche Getreidebeschaffung weit besser ist für das Verhältnis der Sowjetregierung zur besitzenden Bauernklasse. Das ist aus berufenem Munde nur eine neue Bestätigung dafür, daß die Regierungsbolschewisten wegen der erstarkten Macht der Sowjetjunker jeden ernsten Kampf mit den Kulaken scheuen müssen und damit Feinde einer revolutionären Lösung der Krise im russischen Dorfe sind.

•

Nachstehend die wichtigsten Ausführungen Rykows vor dem Moskauer Sowjet am 9. März; veröffentlicht in der „Prawda" vom 11. März:

„Die entstandenen objektiven Schwierigkeiten in der Getreidebeschaffung geben den reichsten kulakischen Dorfelementen die Möglichkeit, sie für ihre Spekulationen im Kampf um Preiserhöhung auszunutzen. Allgemein gesprochen sind die Schwierigkeiten in der Getreidebeschaffung theoretisch denkbar auch in dem Falle, daß es im Dorfe keinen einzigen Kulak gibt. Führt man nicht dem Dorfe Waren zu, stellt man nicht ein solches Preisverhältnis her, daß der Getreideverkauf nutzbringend wird, . . . dann kommen die Schwierigkeiten in der Getreidebeschaffung auch beim Fehlen des Kulaken. Die Struktur jeder Warenwirtschaft — ganz gleich, ob es einfache oder kapitalistische ist — ist derart, daß sie sich nur auf der Grundlage der Realisierung ihrer Warenüberschüsse entwickeln kann. Im gegebenen Fall haben wir zu tun mit dem Versuch der reichsten Dorfelemente, nämlich der Kulaken, die Schwierigkeiten auszunutzen zum Kampf um die Preiserhöhung, zur Mobilisierung aller Dorfschichten, die im Besitz von Getreideüberschuß sind, für diese Frage. Wir beobachten eine ganze Reihe von Fällen, ein **Aufkaufen des Getreides von kulakischen Elementen, Verzicht von Verkauf der Getreidevorräte, rege Agitation für Erhöhung der Getreidepreise. . .**"

„**Die ernsteste Gefahr, die noch vor uns steht, ist die Möglichkeit einer ungenügenden Erweiterung der Saatfläche.** Die Dorfelemente (Kulaken), die vor allem wegen ihres Versuchs, die Getreidepreise zu erhöhen, gelitten haben, werden möglicherweise zur Einschränkung der Saatfläche bestrebt sein . . . Mir ist aus einigen Gebieten bekannt geworden, daß der Kulak auf Land, daß er früher gepachtet und bearbeitet hat, verzichtet und seine Saatfläche verkleinert."

„Zweifellos trägt die Getreidebeschaffungskampagne alle typischen Merkmale der kriegskommunistischen Methode. Wenn man mich fragen würde, ob es nicht besser wäre, wenn es uns gelingen würde, auf normalem Wege, d. h. ohne daß wir eine solche Methode gebrauchen, die Getreidebeschaffungskrisis zu überwinden, würde ich offen sagen, daß dies besser wäre. Die Frage ist aber die, daß für die Lösung der Krise uns zu kurze Zeit — bis zum Frühjahr — geblieben war. . . .

Trotz der mehrmaligen Erklärungen des ZK. der Partei, der Regierung und der Artikel in der Presse zu diesen Fragen, hören die Gerüchte über die Wiederherstellung des kriegskommunistischen Regimes im Dorfe nicht auf, sich weiter zu verbreiten. Vor einigen Tagen in einem Moskauer Bezirk erzählten mir Arbeiter, daß sie immer noch Briefe vom Lande bekommen, worin die Bauern über ihre Befürchtungen bezüglich der Wiedereinführung des Kriegskommunismus schreiben. Ein solches Verhältnis zum Dorfe, fürchte ich, würde uns nicht nur mit den Kulaken, sondern auch mit den breitesten Bauernschichten in Zank bringen."

Märzstürme

Von Rosa Luxemburg.

Erschienen in der „Gleichheit" am 18. März 1912.

Wenn die Proletarier je im Wust der Tagespolitik den Maßstab für große und kleine Dinge verlieren, wenn sie je im Staube der öden Lebensstraße ermatten und für einen Augenblick an ihrer Kraft verzweifeln sollten, so gibt es ein sicheres Mittel, diese Stimmung zu überwinden, es ist ein Blick auf die zurückgelegte Strecke ihres geschichtlichen Weges, auf der wie große Marksteine die wichtigsten revolutionären Waffengänge des Proletariats stehen. Die Arbeiterklasse hat auch allen Anlaß, ihren geschichtlichen Erinnerungen immer wieder ernste Aufmerksamkeit zu schenken. Sind die doch für uns das große Lehrbuch, das uns Wegweiser für den weiteren Vormarsch gibt, aus dem wir lernen, alte Fehler zu vermeiden und neue Illusionen zu zerstören. Denn nur durch beständige Selbstkritik, durch das Besinnen auf sich selbst vermag die proletarische Masse ihren großen Klassenkampf, ihre großen Ziele zum Siege zu führen. „Bürgerliche Revolutionen", schrieb Marx vor 65 Jahren, „wie die des 18. Jahrhunderts stürmen rascher von Erfolg zu Erfolg, ihre dramatischen Effekte überbieten sich, Menschen und Dinge scheinen in Feuerbrillanten gefaßt, die Ekstase ist der Geist jedes Tages; aber sie sind kurzlebig, bald haben sie ihren Höhepunkt erreicht und ein langer Katzenjammer erfaßt die Gesellschaft, ehe sie die Resultate ihrer Drang- und Sturmperiode nüchtern sich aneignen lernt. Proletarische Revolutionen dagegen, wie die des 19. Jahrhunderts, kritisieren beständig sich selbst, unterbrechen sich fortwährend in ihrem eigenen Laufe, kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von neuem anzufangen, verhöhnen grausam gründlich ihre Halbheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten ihrer ersten Versuche, scheinen ihren Gegner niederzuwerfen, damit er neue Kräfte aus der Erde sauge und sich riesenhafter ihnen gegenüber aufrichtet, schrecken stets von neuem zurück vor der unbestimmten Ungeheuerlichkeit ihrer eigenen Zwecke, bis die Situation geschaffen ist, die jede Umkehr unmöglich macht, und die Verhältnisse selbst rufen: Hic Rhodus, hic salta! Hier ist die Rose, hier tanze!"

Der 18. März ruft zwei historische Ereignisse in Erinnerung, die für die internationale Arbeiterklasse wie zwei lodernde Fackeln die Strecke des letzten halben Jahrhunderts beleuchten: die Revolution von 1848 und die Pariser Kommune von 1871. Die deutsche Revolution, die mit dem 18. März ihre siegreiche Schlacht auf den Straßen Berlins geschlagen hat, ist eine einzige große Lehre vom Bankrott des bürgerlichen Liberalismus. Am 18. März hatte die Arbeiterschaft mit Heldenmut auf den Barrikaden die alte feudale Monarchie geschlagen, hatte sie die Bahn gebrochen für eine fortschrittliche demokratische Entwicklung in Deutschland, für die deutsche Einheit, für die deutsche Republik, für das allgemeine, gleiche Wahlrecht in Preußen. Was ist von alle dem zur Wirklichkeit geworden? Nichts! Die Bajonette Wrangels, die Rückkehr der geschlagenen Junkerherrschaft, die Konterrevolution und die bleierne Kirchhofsruhe der fünfziger Jahre in Deutschland und dann, in den siebiger Jahren, die Karrikatur der deutschen Einheit in Gestalt der neuen deutschen Reichsherrlichkeit, mit einer Karrikatur der Volksvertretung in Gestalt des heutigen Reichstags — als Geschenk aus den blutigen Händen Bismarcks, geboren unter dem Fluche des modernen Militarismus — das waren die Ergebnisse niederträchtigen Verrats der liberalen Bourgeoisie, die schon am Tage nach dem Siege der Berliner Arbeiter hinter deren Rücken ihr Techtelmechtel mit der Reaktion begann. Schon damals war den Vätern der heutigen Fortschrittler und Nationalliberalen das schimpfliche Joch des Junkerregiments auf eigenem Nacken lieber als der Anblick des steifnackigen revolutionären Ungetüms der Proletariermassen; schon damals hatten sie ihren historischen Beruf darin gefunden, sich von den Proletarierhänden Kastanien aus dem Feuer der Reaktion holen zu lassen und im gleichen Augenblick die Helfer in der Not an dieselbe Reaktion für einen Judaslohn zu verkaufen, und doch waren damals die liberalen Bourgeois in Deutschland die Herren der Situation, die berufenen Führer der Volksmasse, denn noch war der Riese Proletariat ein Knabe unbewußt seiner Ziele und noch standen an der Spitze des Liberalismus Männer, die sich bei all ihrer Feigheit und Jämmerlichkeit selbst als Schatten noch neben dem heutigen Geschlecht wie Riesen ausnehmen. Und von diesen zwerghaften Enkeln ihrer verräterischen Großväter, von diesen Deserteuren des Kampfes, die im Verlauf der ganzen späteren Geschichte von Stufe zu Stufe der Schmach und der Erniedrigung gesunken und bis aufs Mark der Knochen korrumpiert sind: von ihnen ausgerechnet sollte heute das deutsche Proletariat eine Waffenbrüderschaft im Kampfe mit der Reaktion erwarten? Heute, wo die Macht und das revolutionäre Klassenbewußtsein der Arbeiter die bürgerliche Welt mit Schrecken erfüllt, wo der Liberalismus von der Höhe seiner historischen Führerrolle ins Jammertal des engen Daseins zwischen die zwei großen Mühlsteine der modernen Geschichte geraten ist: zwischen die Mühlsteine der Arbeit und des Kapitals! Ehe der deutsche Liberalismus von den Toten aufersteht, um die Welt mit dem Waffengeklirr seiner Ruhmestaten zu erfüllen, würden die Märzgefallenen im Friedrichshain in Berlin aus ihren Grüften steigen, um uns die schlimmsten Worte ins Gesicht zu schleudern: **Ihr habt nichts gelernt und nichts vergessen!**

Eine andere wichtige Lehre brachte die Geschichte im Monat März den kämpfenden Proletariern. Am 18. März 1871 ergriff das Pariser Proletariat die Macht in der Hauptstadt Frankreichs, die von der Bourgeoisie verlassen, von den Preußen bedroht war; es errichtete die Herrschaft der glorreichen Kommune. Zwei Monate bloß dauerte das friedliche segensreiche Walten der Arbeiter am Ruder des Staates, der durch seine herrschenden Kassen in den Strudel verbrecherischer Kriegswirren und vernichtender Niederlagen gestürzt war. Die feige französische Bourgeoisie, die vor dem fremden Feind ausgerissen war, raffte sich schon im Mai auf, um im Bunde mit dem Feinde den Kampf auf Tod und Leben gegen den „inneren Feind" durchzufechten, gegen die Pariser Arbeiterschaft. In der „blutigen Maiwoche" ging die proletarische Kommune zugrunde in furchtbarem Gemetzel, unter rauchenden Trümmern, unter Bergen von Leichen, unter Aechzen Lebender, die mit Toten begraben wurden, unter trunkenen Orgien der rachedurstigen Bourgeoisie. Ein schmuckloser Rasen an der äußersten Mauer des marmorprunkenden Pariser Friedhofes Père Lachaise war alles, was in den ersten Jahren von der Kommune geblieben zu sein schien. Aber von diesem stillen Rasen erhob sich bald für die Proletarier beider Welten die große heilige Tradition und die mit dem Blute Zehntausender erkaufte Doppellehre: es gibt keinen Platz innerhalb der Bedingungen der bürgerlichen Gesellschaftsordnung für die Herrschaft des Proletariats; es gibt aber auch keine Möglichkeit, diese Bedingungen abzuschaffen, bis sie nicht ihre Reife erreicht haben. Nicht in luftigen Träumen von einer ausschlaggebenden Stellung im heutigen Staate, dank irgendeiner plötzlichen Wendung der Umstände, kann die Arbeiterklasse ihre Rechte erfechten, sondern lediglich in ständiger revolutionärer Opposition gegen den Staat. Und wenn die Pariser Kommune durch die leuchtende Spur ihres kurzen Daseins wie ihres heldenhaften Untergangs für immer ein Beispiel geblieben ist, wie eine revolutionäre Volksmasse nicht vor der Ergreifung der Macht zurückschrecken darf, auch wenn die Stunde der Geschichte ihrer Macht weder Dauer noch Sieg beschieden hat, so ist sie zugleich ein überragendes Denkmal der unversöhnlichen Todfeindschaft zwischen der bürgerlichen Gesellschaft und dem Proletariat, das nur ständig eingedenk seines tiefen Gegensatzes zur gesamten Bourgeoisie, nur im entschlossenen Kampfe gegen die gesamte Bourgeoisie seine geschichtliche Mission zu erfüllen vermag.

Allerlei Pazifisten

Die Deutschnationalen veröffentlichen amtliche Dokumente der russischen Regierung — zur Friedensfrage.

Im Osteuropa-Verlag des Deutschnationalen Professors und Reichstagsabgeordneten sowie Redakteurs der feudalen „Kreuz-Zeitung", Otto Hötzsch, ist soeben eine Broschüre erschienen, auf die wir die Blicke aller denkenden revolutionären Proletarier richten möchten. Sie trägt den Titel:

„Die Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken und die Genfer Abrüstungskonferenz. Amtliche Dokumente der Sowjet-Regierung."

Diese Broschüre hat Hötzsch mit einem Vorwort versehen, in dem es u. a. heißt:

„Für Deutschland, das aus leichtverständlichen Gründen besonderes Interesse an den Abrüstungskonferenzen hat, ist die Mitarbeit der Sowjetunion in der Genfer Konferenz von großem Interesse. Daher glaubt der Verlag, der deutschen öffentlichen Meinung jetzt eine Sammlung **der wichtigsten amtlichen Dokumente der Sowjetunion** zur Frage der Abrüstung vorlegen zu sollen, **um damit eine Orientierung über die weitgehenden russischen Vorschläge zu ermöglichen, die bisher in deutscher Sprache noch nicht zugänglich waren. Die nachstehende Veröffentlichung bringt den amtlichen russischen Text in einer authentischen deutschen Uebersetzung.**" Die deutschnationalen Granatenfreunde Stalins sind also jetzt zum amtlichen Sprachrohr derselben Stalinregierung geworden. Man kann den Anhängern der KPD. nur raten, sich auf die junkerliche „Kreuz-Zeitung" des Herrn Prof. Hötzsch zu abonnieren, damit sie jeder Zeit aus authentischer Quelle zu wissen kriegen, was in Moskau los ist.

Das Fiasko der „radikalen" Gewerkschaftspolitik

Wir registrieren: **Die Ortsgruppe Königsberg** des Einheitsverbandes der Eisenbahner ist vom Hauptvorstand aufgelöst worden. **Die Ortsgruppen Insterburg, Allenstein und Stallupönen folgen.** Die Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes **Remscheid** ist abgesetzt worden.

Der Bergarbeiterverband hat die Zulassung „oppositioneller" Funktionäre nicht genehmigt, und wird darüber in nächster Zeit Beschluß fassen. In der Ortsverwaltung **Berlin** des Metallarbeiterverbandes sieht es, laut „Rote Fahne", folgendermaßen aus:

„Seit Jahren arbeitet die Berliner Ortsverwaltung des DMV, unter der Führung der waschechten Sozialdemokraten (ehemalige Unabhängige) Ziska und Urich daran, ihre Stellung durch die Rechtlosmachung der Mitglieder zu festigen. Als echte „Demokraten" haben sie es verstanden, **trotzdem fast alle Urabstimmungen eine gewaltige Mehrheit der Opposition ergaben, die Ortsverwaltung kommunistenrein zu machen.** Im vorigen Jahre erst haben sie willkürlich, ohne daß die ihnen so willfährige Generalversammlung einen Beschluß gefaßt hat, **das Berliner Ortsstatut nach ihren Wünschen geändert. Durch einen Wall von Paragraphen im Ortsstatut haben sie die Mitglieder fast rechtlos gemacht.**

Die einzige Körperschaft, in der die Mitglieder noch in direkter Wahl Verbandsfunktionäre wählen konnten, waren bisher die Branchen. Infolgedessen kam in der Besetzung der Branchenleitungen auch der Einfluß der Opposition entsprechend zum Ausdruck. Von 35 Branchen werden 15 durch die Opposition geführt. Bei den vorjährigen Branchenwahlen entfielen von 11 000 abgegebenen Stimmen 6700 — also die überwiegende Mehrheit — auf die Opposition. — Mit Sicherheit war vorauszusehen, daß nach dem kläglichen Streikabbruch der Werkzeugmacher durch den „radikalen"-Urich auch vielen Anhängern der SPD.-Fraktion die Augen aufgehen und bei den jetzt im März und April fälligen Branchenleitungs-Neuwahlen die Ziskaleute eine verdiente Niederlage erhalten würden. Um das zu verhindern und womöglichst den Einfluß der Opposition in den Branchen zu brechen, hat die engere Ortsverwaltung — also Ziska und Urich — zu der Generalversammlung am 19. März einen Antrag eingebracht, **der die Neuwahlen der Branchenleitungen solange zurückstellen soll, bis die Ortsverwaltung einen Entwurf zur Reorganisierung des Branchenaufbaues und des Wahlmodus ausgearbeitet hat.**"

•

Alles das steht in der „Roten Fahne" und ist die Ausbeute eines einzigen Tages (17. März). Man gesteht selbst ein, daß die „Eroberung" leeres Geschwätz ist, daß da, wo einmal ein Vereinchen „erobert" ist, der Hauptvorstand kommt, und die Opposition einfach absetzt. Und schließlich machen jene, die „übersehen" wurden, nur um nicht anzuecken, dieselbe Politik, wie ihre vorgesetzte Behörde, wie eine an anderer Stelle wiedergegebene Meldung aus Solingen zeigt.

Das hindert die KPD. aber nicht, mit ihrem Geschrei von der „Eroberung" der Gewerkschaften fortzufahren, und die Arbeiter, die ausgeschlossen wurden, aufzufordern, für die „Demokratie in den Gewerkschaften" zu kämpfen. Es scheint fast, daß die KPD.-Zentrale ihre Mitglieder für so leninistisch abgehärtet hält, daß sie ihnen den größten Blödsinn vorsetzen kann, ohne noch auf einen Funken eigenen Denkens zu stoßen. Sonst würde sie nicht trotz des täglich eingestandenen Bankerotts gleichzeitig zur Fortsetzung dieser eingestandenermaßen bankerotten Zellenbaueren auffordern.

Die Logik der Maschine

Der gewerkschaftstreue „Volkswille" meldet:

„Wir berichteten bereits kurz das Zustandekommen eines neuen Tarifes in der Solinger Metallindustrie. Die zwischen der dortigen KPD.-Ortsverwaltung und den Metallindustriellen zustandegekommene Vereinbarung ließ die **Lohnforderung der Gewerkschaftsmitglieder, 15 Pfg. pro Stunde mehr, fallen.** Statt der geforderten starren achtstündigen Arbeitszeit wurde **eine solche von 52 Stunden die Woche zugelassen.** Der Tarif selbst, der am 1. April in Kraft tritt, **kann nicht vor dem 30. April 1929 (!) gekündigt werden.**

Dieser schändliche, echt sozialdemokratische Verrat der Forderungen und Interessen der organisierten Solinger Metallarbeiterschaft ist ohne Befragen deren Funktionäre von der KPD.-Ortsverwaltung des DMV. abgeschlossen worden."

Der „Volkswille" fragt nun naiv an, worin denn eigentlich der Unterschied zwischen der SPD.- und KPD.-Gewerkschaftspolitik besteht? Wir können darauf nur antworten, daß er wohl ungefähr so „groß" sein mag, wie zwischen der Politik der „linken" und „rechten" Leninisten. Nämlich gar keiner. Diese Beispiele zeigen das eine gute, daß j e d e Gewerkschaftspolitik im Verrat am Proletariat landen muß, weil die Maschine eben ihre eigene Logik hat.

Werbt neue Abonnenten!

Der Wahlrummel beginnt!

Die Politik der deutschen Bourgeoisie kann so tolpatschig sein, daß es einem Hund jammern könnte; der deutsche Spießer nimmt alle Regierungskunststückchen blutig ernst und fällt so sicher darauf hinein wie ein Kind. Die Wahlvorbereitung, die Wahlen selbst und die Taktik der Parteien vor und während dieser Kirmes sind ihm Weltgeschichte, trotzdem es in Wirklichkeit eine einzige Komödie lächerlichster Art ist.

Während sich hier die parlamentarischen Geister aufregten, ist der Häuptling der deutschen Bourgeoisie in Frankreich an der Riviera zur „Erholung". So konnte der kranke Mann nicht in die Debatte über das wie und wann der Auflösung eingreifen. Er hatte auch wichtigeres zu tun. Er mußte sich mit Briand beschnarchen, denn auch Briand will Wahlen machen. Herr Stresemann mußte also vorerst einmal horchen, ob es angängig sei, das Konglomerat von Reichstag noch bis zum Herbst laufen zu lassen. Er hat die Antwort bekommen, daß dem französischen Spießer die Deutschnationalen ein Dorn im Auge sind, und die Sache mit der „Rheinlandräumung" sehr schlecht stehe, wenn dieses Hindernis fortdauere. Die „Völkerverständigung", die das deutsche Kapital gegen Westen im Interesse des Profits betreibt, müsse also greifbare Resultate zeitigen. Briand muß beweisen, daß das deutsche Volk sich „wandelt" und das große Mißtrauen nicht mehr nötig ist. Bis zur Klärung dieser Angelegenheit hält ein bestellter Brief des uralten Hindenburg vor, der den Reichstag so lange bindet, bis Herr Stresemann wieder „gesund" ist. Herr Stresemann kommt, spricht vor der Presse und sagt: Kinder, wozu einen solch langen Wahlkampf. Wir wollen dem deutschen Volke doch unnötige Aufregung möglichst ersparen. Drei Wochen ist genug. Die Angelegenheit ist also so weit geklärt, daß der Rummel losgehen kann. Zur „Westorientierung" sind schnelle und „linke" Wahlen notwendig.

Die Sozialdemokratie lacht. Während dieser Zeit laufen nämlich eine Reihe von Tarifen ab, und die Proleten, die leider von der hohen Politik nichts verstehen, sondern für die die Politik eine ganz ordinäre Magenangelegenheit ist, können durch einen in diese Zeit fallenden Wahlrummel so schön abgelenkt werden. Die Deutschnationalen haben sich so stark kompromittiert, daß sie eine Zeit der „Opposition" gebrauchen, um sich wieder zu erholen. Sie leiten den Wahlkampf bereits ein mit Bauernrevolten, an denen die Großagrarier ihr Süppchen kochen. Das Zentrum hält seine Wähler bei der Stange mit dem gescheiterten Schulgesetz. Die Volkspartei wahrt ihre „liberalen Prinzipien" dadurch, daß sie den kapitalistischen Einfluß des Zentrums als Kapitalmacht, wie sie sich in den „Privatvermögen" des Klerikalismus mit Domänen, Kirchen, Klöstern und den damit versippten Zentrumskonzerngewaltigen manifestiert, bekämpft und die Erweiterung deren Macht, die in dem wachsenden Einfluß durch das Schulgesetz liegt, durch die Sabotage des Schulgesetzes begegnet. So kommen alle auf ihre Rechnung. Alles klärt sich auf wie der Tag nach einer nebligen Nacht.

Die Proletarier jedoch müßten mittlerweile gelernt haben, daß diese Verdummung nichts mit seinen Angelegenheiten zu tun hat. Sie müsesn endlich begreifen, daß j e d e parlamentarische Taktik notwendig auf diese Dummheit spekulieren muß, mag sie sich noch so „revolutionär" drapieren. Für das Proletariat existiert nur eine Aufgabe: Der Kampf gegen das Kapital mit dem Ziel der Beseitigung dieser Ordnung. Diesen Kampf kann es jedoch nur erfolgreich führen, wenn es die Organisationen verläßt, die mit dem Kapital auf Tod und Leben verbunden sind, die parlamentarischen Parteien und Gewerkschaften, und als Masse der kapitalistisch-parlamentarischen Schieberpolitik seine Klassenkampfpolitik entgegensetzt.

Proletarier! Der Kampf gegen Schlichtungspeitsche und Kapitalsoffensive ist nur möglich mit der Waffe der

Massenaktion

Schafft Betriebsorganisationen! Heraus aus den Gewerkschaften!

„Lächle, Berliner"

Es gibt Menschen, die ein Problem deswegen darstellen, weil es für sie keine Probleme gibt. Man trifft diese Typen allerorts. Sie sind glücklich wie eine Sau, grinsen wie eine Sau, und machen sich eben so viele Gedanken wie eine Sau. Für eine Sau gibt es auch kein Problem, deswegen ist die Gedankenlosigkeit einer Sau natürlich noch lange kein Problem; das liegt vielmehr an dem Hirn der Sau!

Diese Saumenschen verlernen den „Humor" ebensowenig, wie eine Sau das Grunzen. Für sie ist es vielmehr ein Rätsel, wie ein Mensch überhaupt denken kann. So ein Unsinn! Regt sich blos auf, und ändert nichts. Ein Staat, der solche Untertanen hat, ist ein glücklicher Staat. Solche Menschensäue können zur Schlachtbank getrieben werden, man kann aus ihrer Haut Riemen schneiden, sie sind mit jedem Saufraß, mit jedem Stall zufrieden. Sie grunzen höchstens, wenn sie abgemurkst werden, und auch das nicht aus Ueberlegung, sondern eben, weil eine Sau auch grunzt, wenn sie krepieren muß.

Es ist ganz begreiflich, daß die Philosophie einer Sau nach Meinung der „maßgebenden Kreise" eigentlich die zweckmäßigste für die Arbeiter wäre. Sie leben zum größten Teil in „Wohnungen", in die die Saubesitzer ihre Säue nicht immer sperren würden, — dazu sind die Säue zu wertvoll. Sie können sich nicht satt essen — wie eine Sau. Sie leben, wie gesagt, viel schlechter als eine Sau. Warum sollen diese Proleten eigentlich eine andere Philosophie haben wie eine Sau?

Das kommt eben von dem verfluchten Hirn! Man reißt den Proleten am laufenden Band die Nerven kaput. Man läßt ihn mit seinen Kindern monatelang hungern, jahrelang hungern in Arbeitslosigkeit. Man liefert seine Kinder der Schwindsucht aus. Man jagt Tausende und Abertausende in den Selbstmord. Und nun gibt das Hirn, das verfluchte Hirn, keine Ruhe, und all die Geschundenen, Verhöhnten, Ausgestoßenen, Hungrigen, legen sich wirklich die Frage vor: Sind wir Menschen oder Säue?

Das ist der Anfang! Verdammt, wenn das einmal um sich greift! Wenn die Menschen einmal kein Sauleben mehr führen wollen, Mensch unter Mensch sein wollen: — Unausdenkbar!

Man kann den Proleten das Hirn nicht rausnehmen, er braucht das Hirn zur Erzeugung des Profits für seine Ausbeuter. Was aber nun beginnen? Ganz einfach. Man muß dem Menschen Zerstreuung bieten. Die „Berliner Morgenpost", die Zeitung für unheilbar Stumpfsinnige, hat das Rezept erfunden. Man muß die Menschen lachen lehren! Ein Preisausschreiben belohnt den Oberlächler und der Zweck der Sache ist, den Menschen, die wie die Säue leben, klar zu machen, daß sie vermittels ihres Hirns, daß sie der Sau voraus haben, etwas können, was eine Sau nicht kann: Lächeln. Bekommt einer seiner Papiere: Lächle Berliner! Räumungsklage: Lächle, Berliner! Wird einem Halbverhungernden die Erwerbslosenunterstützung entzogen: Lächle! Bekommt ein Prolet, der in einem Saustall wohnt, das zwölfte Kind: Lächle! Wird ein Schiedsspruch gefällt: Lächle! Lernt wieder lachen, Kinder, es wird nicht anders durch Trübsal blasen. Ein Sechstagelächeln ist schon vorüber, und ist verlängert worden. Die Proleten sollen lachen lernen.

Auf diesen blutigen Hohn ist sogar eine ganze Reihe hineingefallen. Die „Gebildeten", die, wenn sie mit ihrer eigenen Dummheit wüchsen, würden über den Hymalaya schauen können, die nehmen jeden Schweinedreck, der von „oben" kommt, blutig ernst. Sie saßen in der Bahn, auf dem Omnibus, und haben gelächelt, so dumm und blöd, daß man nicht wußte, soll man ihnen eine runterhauen, soll man sie bemitleiden, oder soll man sie nicht beachten?

Ein Prolet beantwortete die Frage gelegentlich einer Begegnung mit einem solchen Scheusal, der als „Gebildeter" sich etwas zugute darauf tat, begriffen zu haben, was einem „gebildeten" Menschen geziemt, dahingehend: Man müßte diesem Fatzke eigentlich ins Gesicht spucken — ob er dann auch noch lächelt?

Das ist zwar auch nicht gerade „Bildung" — aber wenn die Menschen einmal begreifen, daß sie keine Schweine mehr sind, wird manchem von denen, der über die Blödheit der Proleten lächelt, — das Lächeln vergehen.

Zum Parteitag

Anträge und Resolutionen

Nieder- und Mittelrhein.

Die Delegierten des ehemaligen Wirtschaftsbezirks Rheinland-Westfalen beschlossen auf einer komb. Bezirks-Konferenz im Oktober 27 (durch Empfehlung eines Vertreters des GHA.), den Bezirk in 3 selbständige Bezirke: Ruhrgebiet, Nieder- und Mittelrhein, zu trennen, mit einer Informationsstelle mit scharf umrissenen Aufgaben in Düsseldorf. Nachdem die Informationsstelle, wie festgelegt (alle 2—3 Monate eine Sitzung der Bezirksleitungen einzuberufen) nachgekommen, und die erste komb. Sitzung am 22. Januar 28 stattfand, über den Verlauf und die Resultate derselben sie dann dem GHA. einen kurzen objektioen Bericht sandte, wandte sich ein Mitglied der Bezirksleitung Ruhrgebiet dagegen und bezeichnete diesen als unrichtig (er selbst fand es aber nicht für nötig, der Sitzung beizuwohnen, sondern ließ sich durch den Bezirks-Arbeits-Ausschuß des Bezirks mitvertreten, der die Angaben über den Bezirk Ruhrgebiet so machte, wie sie von der Informationsstelle nach Berlin berichtet wurden). Darauf verfügte der GHA. kurzerhand die Auflösung der Informationsstelle. Die Bezirks-Konferenz vom 18. 3. 28 erblickt darin eine Diktatur über die übrigen in Frage kommenden Mitgliedschaften und ersucht den Parteitag, dem GHA. klarzumachen, daß keine Körperschaft der Partei ein Recht hat, eine Aenderung im Aufbau der Organisation selbständig vorzunehmen, ohne vorher die Mitgliedschaften zu hören. Es sei denn, daß sich dieser Aufbau organisationsschädigend auswirkt, was in diesem Falle aber nicht bewiesen ist. Darüber müssen in Zukunft stets die Mitglieder befragt werden.

Die Bezirks-Konferenz stellt den Antrag, da die bisherige Auseinanderreißung des Wirtschafts-Bezirks Rheinland-Westfalen nicht das gebracht hat, was davon erwartet wurde, den Ortsgruppen zu empfehlen, das Wirtschaftsgebiet Rheinland-Westfalen wieder zu einem einheitlichen Bezirk zusammenzufassen. Sollte Bezirk Ruhrgebiet diesem Antrag ablehnend gegenüberstehen, so soll in Zukunft ein Bezirk Rheinland, bestehend aus Nieder- und Mittelrhein, bestehen. Dieser Antrag muß in allen beteiligten Ortsgruppen der 3 Bezirke diskutiert und abgestimmt werden. Endgültiger Beschluß wird auf der kombinierten Bezirks-Konferenz, welche gleich nach dem Parteitag stattfinden soll, gefaßt. Ebenso wird dort der Vorort der kommenden Bezirksleitung gewählt.

Die Opposition hat sich durch Beitragssperre, sowie durch Herausgabe eigener Konkurrenzzeitungen außerhalb unserer Reihen gestellt. Den gewiesenen Weg zur Wiedervereinigung hat sie nicht beschritten, sondern sich eigene Organisationen geschaffen. Darum kann sie nicht zum Parteitag als Gast, noch weniger als stimmberechtigt zugelassen werden.

Ein „Fall Schwarz" besteht auf Grund der Ur-, sowie früheren Bezirks-Konferenz-Abstimmung für uns nicht.

Der Pflichtbeitrag an den GHA. beträgt pro Monat: arbeitende Genossen 60 Pfg., erwerbslose Genossen zahlen keinen Pflichtbeitrag.

•

Groß-Berlin.

Zur Frage der „Opposition" schließt sich der Wirtschafts-Bezirk Groß-Berlin der Resolution der Bezirks-Konferenz Ruhrgebiet an.

Berichtigung.

Die Pressekommission billigt nicht die Einleitung zu den Anträgen der Hamburger Organisation. Die Pressekommission.

Zu der Resolution der Ortsgruppe Hamburg

Von H. W., Hamburg.

Die in der KAZ. Nr. 21 veröffentlichte Hamburger Resolution erweckt den Anschein, als ob das darin gesagte der einheitliche Standpunkt der Hamburger Organisation ist. Die Resolution selbst und die Art, wie sie zustande kam, enthält jedoch soviel Widersprüche, daß es notwendig ist, wenn die Mitgliedschaft im Reich nicht getäuscht werden soll, diese Widersprüche und Schiefheiten aufzuzeigen.

Bedauerlicherweise war die Versammlung, auf der diese Resolution zur Debatte gestellt war, so schlecht besucht, daß schon aus diesem Grunde nicht als der Standpunkt der Hamburger Partei bezeichnet werden kann, denn es muß festgestellt werden, daß die Versammlung, die zum letzten ZA. Stellung nahm, von drei- bis viermal soviel Genossen besucht war.

Nun zu der Resolution selbst:

Trotz einiger richtiger Formulierungen sind in der Resolution so viele Unterstellungen und Verdrehungen vorhanden, daß, wenn sie wahr und richtig wären, die organisatorischen Konsequenzen, wie sie sich aus dem Abschnitt IV ergeben, gerechtfertigt wären.

Der Verfasser schreibt in der Resolution: „Neben diesem Standpunkt („daß die Mandatsfrage im Falle Schwarz keine Angelegenheit der Partei wäre" — ZAS.) stellt der Parteitag das Untersuchungsergebnis der KK., wonach die Anregung zur Aufrechterhaltung des Mandats — von Funktionären der KAP. ausgegangen ist." — Und weiter unten: „In solcher Handlungsweise sieht der Parteitag eine Rechtfertigung des Parlamentarismus." Lieber Gen. H.! Wo und von wem ist das Mandat im Sinne des Parlamentarismus gerechtfertigt worden? Wenn es überhaupt stimmt, daß die Anregung von Genossen ausging, so doch nur von der Voraussetzung aus, daß sich der Gen. Sch. von jeder parslamentarischen Arbeit fern hält (nebenbei war eine Rückkehr des Gen. Sch. zum Parlamentarismus aus der Situation heraus gar nicht denkbar) und daß anderseits die Annahme der Diäten aus Zweckmäßigkeitsgründen erfolgen kann. In diesem Sinne heißt es auch in der Resolution des ZA. ganz richtig:

„Die Stellung der Partei zu ihm (Sch.) als Sympathisierendem wird einzig und allein von seiner künftigen Tätigkeit bestimmt."

Noch deutlicher ist die Haltung der Partei in dieser Frage in dem damals vom GHA. herausgegebenen Blatt „Zur Information" aufgezeigt, wo es heißt:

„Die antiparlamentarische Stellung der KAPD. folgt also nicht aus der Angst, daß einige Parlamentarier die Partei korrumpieren könnten oder aus der Unzulässigkeit, für einen Kommunisten Geld von einer bürgerlichen Institution zu beziehen, sondern sie folgt aus der konterrevolutionären Auswirkung der Wahlen und der parlamentarischen Betätigung auf die Ideologie der Arbeitermassen, sowie auf das Wesen der Partei."

Bemerkenswert ist es übrigens, daß in der ganzen Resolution eine Stellungnahme zu der Diäten-Frage — d. h. ob Annahme oder nicht — nicht zu finden ist. Der Gen. H., sowie eine Reihe anderer Hamburger Genossen stehen auf den ganz richtigen Standpunkt, daß das eine Frage der Zweckmäßigkeit ist und mit der politischen Beurteilung des Parlamentarismus von diesem Standpunkt aus nichts zu tun hat. Das ist jedoch kein Grund, die Frage überhaupt nicht zu berühren. Sie mußte gerade geshalb berührt werden, weil es eben Hamburger Genossen gibt, die diese Frage als eine prinzipielle bezeichnen und in Konsequenz ihrer Auffassung dahin kommen, daß sie jede Annahme und Verwendung von Geldern, die nicht aus den Beiträgen der Mitglieder stammen, als eine konterrevolutionäre Handlung bezeichnen. Unfaßbar ist es vor allem, daß der Gen. K. der Mitverfasser der Resolution ist, und den eben skizzierten Standpunkt in der Debatte um diese Frage bereits vertreten hat, es fertig bringt, diese Frage bei Abfassung der Resolution absichtlich zu verschweigen. Warum Gen. K.? Gibst du deine Prinzipien aus Zweckmäßigkeitsgründen auf? Aleirdings, wenn man die Ortsgruppe Hamburg in Einheitsfront mit der „Opposition" manövrieren möchte, muß man aus Zweckmäßigkeitsgründen schweigen!

Weiter heißt es in der Resolution: „Daß die Aufgabe der Partei nicht in der Stabilisierung der Rückstände dieser Fraktion (E. L.), sondern in der Hilfe zur Ueberwindung aller Halbheiten bestand." Es waren in Hamburg gerade einige der Befürworter der Resolution, die damals, als die E. L. in Hamburg praktisches Zusammenarbeiten mit der Partei suchte, einfach erklärten: „Wer zu uns kommen will, kann es tun, alles andere geht uns nichts an" und in der Tat auch einer Zusammenarbeit den größten Widerstand entgegensetzten. Als sich aber dann die E. L. im ganzen Reich aufgelöst hatte, begründete ein Teil Hamburger E. L.-Genossen das Weiterbestehen der E. L. in Hamburg damit, daß die Bürgerschaftswahl (9. Oktober 1927) bevorstehe und daß die Ausnutzungsmöglichkeiten im Sinne einer Antiwahlkampagne bei Fortbestehen der Fraktion größer sei als wenn sie vorzeitig zur Partei übertrete. Ebenso wurde ein Teil dieser Genossen, die sich vor der Unions-Frage drücken wollten, von diesen Parteigenossen bestärkt, indem — ganz davon abgesehen, daß alle Mitglieder des damaligen Arbeitsausschusses Gewerkschaftsmitglieder waren und damit schon die Halbzeit selbst darstellten — die Unionsfrage statt in den Vordergrund gestellt, hinten angehängt, wenn nicht sogar direkt sabotiert wurde. Der Gipfelpunkt der Politik dieses Arb.-Ausschusses war aber, daß sich einer dieser Genossen zum politischen Häuptling dieser Halbheiten wählen ließ. Die Praxis hat inzwischen bewiesen, daß es sich damals bei dem größten Teil dieses Restes der E. L. nicht etwa nur um Rückstände, sondern um direkte Feinde der KAP.-Bewegung handelte.

Es wäre wünschenswert gewesen, daß sich der Gen. H. mit derselben Schärfe, mit der er heute die Vermittlerrolle der Opposition führt, sich gegen diese Halbheiten — auch in bezug auf die organisatorischen Konsequenzen, die sich daraus ergeben hatten — gewandt hätte und noch wenden würde, da diese Halbheiten ja noch nicht beseitigt sind.

Was nun die Forderungen unter Absatz IV anbelangt, so muß gesagt werden, daß diese nur dann berechtigt wären, wenn die in dieser Resolution in die blaue Luft gezauberten Verfehlungen durch die Köperschaften den Tatsachen entsprechen würden. Während der Gen. H. leere Behauptungen in die Resolution bringt, um die Rücktrittsforderungen zu rechtfertigen, gibt er seinen Standpunkt zu der politischen Stellung der Opposition, wie er in einer vorherigen Resolution aufgenommen war, preis. Er fragt nach der politischen Grundlage der Opposition und weiß ganz genau, welche Tendenzen in ihr vorhanden sind und daß aus „Zweckmäßigkeitsgründen" die „Opposition" es vermeidet, diese Frage zu stellen, da ein Zerbrechen dieses Ladens die unbedingte Folge wäre. Im übrigen kein Wort der Verurteilung über die von Anfang an wohlorganisierte verbrecherische Spaltungsarbeit dieser „Opposition". Statt präziser Formulierungen allgemeine Redensarten, unter denen man alles mögliche verstehen kann. Es ist bezeichnend, daß der Mitarbeiter an dieser Resolution, der Gen. K. und auch andere Genossen, die in der Versammlung die vollberechtigte Zulassung der Opposition zum Parteitag forderten, sich gleichzeitig für die restlose Annahme dieser Resolution aussprachen.

Die bisherigen Erfahrungen mit der „Opposition" müssen allen Genossen genügt haben, um zu erkennen, daß diese Opposition, trotz ihrer Parole „Zulassung zum Parteitag" es mit einer Wiedervereinigung gar nicht ernst meint. Es muß vom Parteitag erwartet werden, daß er an den Beschlüssen des ZA. festhält und nicht gestattet, daß eine parteifeindliche Gruppe auf dem Parteitag zugelassen wird. Die Gnossen, die die Hamburger Resolution unterstützen, tuen nur kund, daß sie in Wirklichkeit zu der Opposition stehen und ihre Vermittlerrolle nur ein Maöver ist.

Krise, Massenaktion und Organisation

(Schluß.*)

Der Kapitalismus geht selbstverständlich nicht automatisch seinem Ende entgegen, aber auf einer gewissen Stufe der kapitalistischen Entwicklung erreichen die durch die Entwicklung erzeugten sozialen Gegensätze eine solche Tiefe und Breite, daß auch in Zeiten der „Konjunkturen" nicht mehr die Entspannung eintreten kann, wie dies nach Ueberwindung der Krisen in einem früheren Stadium der Fall war. Anderseits können auch die stets neuproduzierten imperialistischen Gegensätze nur äußerlich überbrückt werden, in Wirklichkeit reifen sie immer schärfer aus, wie die Wettrüstungen nach dem Kriege zeigen. Eine neue Krise auf noch höherer Stufe muß ganz andere Wirkungen im Gefolge haben, und ihre Ueberwindung ist ungleich schwieriger, als alle anderen zuvor. Die Notwendigkeit des Kampfes wird den Massen immer eindringlicher demonstriert, die Grenzen der reformistischen Taktik werden immer offensichtlicher. Die Arbeitersolidarität, die Massenaktion wächst nicht als Frucht revolutionärer Propaganda; diese kann nur die gegebene Sachlage aufzeigen, dem Proletariat den Druck, der auf ihm lastet, zum Bewußtsein bringen. Nur weil wir die Unvermeidlichkeit der Massenaktion aus der kapitalistischen Entwicklung selbst begreifen, können wir auf sie bauen, nicht, weil wir sie lediglich „wollen". Die Unvermeidlichkeit der Massenaktion wird geboren aus dem gegebenen sozialen Zustand, in dem das Proletariat zu leben gezwungen ist. Wenn also darüber kein Streit besteht, daß die kapitalistische Entwicklung selbst in Konjunkturen den Klassengegensatz nicht mehr zu mildern vermag, aber bei dem Erlöschen jeder Konjunktur dieser Gegensatz immer von neuem, und immer schärfer aufgerissen wird: — wenn also über die Tendenz der kapitalistischen Entwicklung kein Streit besteht, dann wird die Frage der Ablehnung oder Annahme des Standpunktes Rosa Luxemburgs zu einer reinen Doktorfrage ohne jede praktische Bedeutung.

Aus den Schlußfolgerungen, die der Genosse, gegen den wir polemisieren, zieht, geht aber hervor, daß er nicht an die Unvermeidlichkeit der Revolution infolge der sich immer mehr verengernden Spirale, auf der sich der Kapitalismus fortbewegt, glaubt. Es riecht bei ihm sehr bedenklich nach der „relativen Stabilisierung des Kapitalismus". Die Partei hat diese Moskauer Rechtfertigung für ihren Reformismus stets, und mit Recht, als eine Irreführung des Proletariats gebrandmarkt. Wenn dem nämlich so ist, dann kann sich die revolutionäre Bewegung den Konsequenzen auch dann nicht entziehen, wenn sie den besten „Willen" hätte. Wenn der Kapitalismus auf Jahrzehnte hinaus von Erschütterungen unberührt bliebe, wenn er eine Prosperität einleiten könnte, die auch den sozialen Gegensatz ungeheuer mildern würde, dann bringt er selbst die Quellen der Massenaktion des Proletariats zum Versiegen. Die Auseinandersetzungen zwischen Proletariat und Bourgeoisie würden dann gar nicht mehr die Grenzen der kapitalistischen Gesetzlichkeit überspülen, und die KAPD. und auch die AAU. würden mit ihren revolutionären Programmen zu einer völlig idealistischen Angelegenheit. Die starke Betonung, daß selbst im Falle einer langen Konjunktur mit den gezeigten Konsequenzen für die Arbeiterbewegung kein Grund sei, an der revolutionären Zukunft zu zweifeln, weil die KAPD. und ihr Klassenkampfprogramm sich nicht auf Prophezeiungen, sondern auf die Erfahrungen des Klassenkampfes stütze, entbehrt jeder Logik. Wenn der revolutionären Bewegung der Boden unter den Füßen schwindet, dann nützt der stärkste „Wille" nichts. Dann muß man dort landen, wo Panekoek gelandet ist, indem man die Union als ein überflüssiges Kind aus früherer glücklicher Ehe betrachtet, daß man, um die revolutionären Gefühle der Arbeiter, die an ihm hängen, nicht zu verletzen, eben mit durchfüttern muß, und die Partei lediglich die Aufgabe habe, frühere Erfahrungen festzuhalten und unentwegt Propaganda treiben, unbekümmert um das Milieu, in dem sie lebt und wirkt. Eine solche Einstellung vergißt, daß jede Bewegung vom Pulsschlag der kämpfenden Arbeiter selbst leben muß, daß sie zu einer Sekte erstarren muß und im weiteren Verlauf deswegen jeden Einfluß im Proletariat verlieren muß, weil ihre eigenen Mitglieder mit ihrer Lebenspraxis in den Betrieben in Widerspruch kommen und sich lächerlich machen. Eine solche Vogelstraußpolitik ändert nichts an dem Ende einer solchen Partei, weil sich ihre Rolle letzten Endes aus den Beziehungen ergibt, die sie mit der Klasse der Arbeiter verbindet.

Der Referent des CA. zieht jedoch nicht diese Konsequenzen. Seine „Sicherungen" sind anderer Art, aber aus der gleichen Unsicherheit geboren. Sein Unglaube an die revolutionäre Perspektive läßt ihn zu organisatorischen Maßregeln greifen, um den revolutionären Geist bei der kommenden Ebbe sicher in den organisatorischen Behältern abzuriegeln. Er glaubt, daß die Partei dadurch ihre Jungfräulichkeit erhalten könne, wenn jeder, der in die Partei kommt, so eine Art Examen durchmachen muß nach einer halb- oder ganzjährigen Probezeit. So soll eine Schaar Auserlesener gesammelt werden, eine Art unverwüstlicher Fanatiker, die von der Wissenschaft des Marxismus so durchdrungen sind, daß sie von nichts mehr beeinflußt werden können. Die Union soll ihren mangelnden Sauerstoff in einem notdürftigen Ersatz finden, indem sie die Aufgabe der Gewerkschaften übernimmt, diese lediglich im Gegensatz zu den Gewerkschaften mit revolutionären Mitteln zu erreichen sucht. Damit sie ein Gegengewicht hat auf dem verführerischen Weg, auf dem der Reformismus auf beiden Seiten winkt, soll der Partei eben durch das Kandidatensystem das organisatorische Reservoir werden, aus dem der Idealismus und die Opferbereitschaft als Gegengewicht nach Bedarf entnommen werden können. In seinen praktischen Vorschlägen ist auch zu sehen, daß bei Größerwerden der AAU. die Parteigenossen bezahlt Funktionen in der AAU. außer der Redaktion ablehnen müßten usw.

Hier ist ein an sich richtiger Gedanke so zur Unkenntlichkeit verzerrt, daß er in dieser verzerrten Anwendung in das Gegenteil umschlagen muß. Wir sehen ganz von der Praxis ab, die das Kandidatensystem in der Lage, in der die Partei heute, — und vielleicht noch lange! — kämpfen muß, mit sich bringen müßte. So richtig es nämlich ist, daß die Partei bestimmte Voraussetzungen von einzutretenden Arbeitern fordern muß, so falsch ist es, den Arbeitern den Weg zu versperren, die heute schon, vielleicht in der KPD. oder den abgesplitterten Fraktionen, innerlich mit sich fertig, theoretisch durchgebildet und langerfahrene Kämpfer in der Arbeiterbewegung sind, und bei denen oft ein äußerer Anstoß genügt, um diesen Schritt zu tun. Es wäre der Partei überhaupt nicht möglich, ihre Propaganda zu realisieren, weil wir in großen Teilen des Reiches erst den Anfang in organisatorischer Beziehung machen müssen.

Die Arbeiter, die in die KAPD. kommen, müssen schon mit diesem Schritt in die AAU. eintreten, weil dies eine programmatische Verpflichtung ist. Und die Arbeiter, die mit uns gemeinsam diesen Kampf aufnehmen, und doppelte Opfer an Zeit und Geld nicht scheuen, ohne die geringste Aussicht auf bezahlte Posten, wie in anderen Parteien, werden mit Recht über eine solche Erbpacht auf revolutionäre Arbeit lachen. Es besteht der ganzen Lage der Dinge nach gar keine Gefahr, daß wir „überschwemmt" werden, schon dadurch nicht, daß die Union in der Hauptsache ihr Rekrutierungsfeld in den Betrieben hat, und die meisten Parteimitglieder über den Weg der Union zur Partei kommen. Das hindert natürlich die Partei nicht, die Aufnahme neuer Mitglieder als eine wichtige Frage zu betrachten, und auch Rechenschaft über die Vergangenheit von neu aufgenommenen Mitgliedern zu verlangen. In der Praxis geschieht dies auch und in Zeiten revolutionärer Aktionen bleibt die Aufnahme von Mitgliedern überhaupt gesperrt. Wenn also die Partei diese mechanischen Kunststücke ablehnen muß, so deswegen, weil sie sich im Augenblick selbst von den Arbeitern abschneidet, die sie gewinnen muß, und zum andern, weil sie selten „Uerschwemmungen" drohen, immer und zu jeder Zeit beliebige Maßnahmen ergreifen kann.

Der Genosse glaubt durch die organisatorischen Maßregel der Union das köstliche Gut zu halten — in Gestalt von erstklassigen Unionisten als Mitglieder der Partei — weil er im Gegensatz zu Pannekoek der AAU. einen viel breiteren Rahmen geben will. Es ist dies in dem Referat selbst nicht klar genug formuliert, aber der „Kampf ums Brot", wie die landläufige Formulierung des Genossen H. lautet, die früher eingebrachten Thesen (Reichskonferenz der AAU.) mit der Forderung des Abschlusses von Verträgen deuten die Konsequenzen an. Bestätigt wird diese Auffassung noch durch die Begründung der AAU., wie sie in den Artikeln „Zum Parteitag" gegeben wird. Danach wird die Notwendigkeit der AAU. lediglich davon abgeleitet, weil in den Gewerkschaften keine revolutionäre Propaganda möglich ist.

Nach dieser Logik ist mit dem Bestand der Union nicht notwendig die revolutionäre Aktion verbunden. Mit dem notwendigen Wechsel der organisatorischen Form der revolutionären Bewegung nicht zu gleicher Zeit eine andere Zielsetzung. Auch bei der Perspektive einer völligen Ueberwindung der Krise und der folgenden Prosperitätsperiode sieht der Genosse die Berechtigung der Union, selbst bei dem notwendigen Fehlen der Massenaktion, denn die Massenaktion ist doch nur der aus der Krise herausgeborene Kampf des Proletariats! Fügt man noch hinzu die Forderung, daß die Unionisten, die noch in der KAPD. organisiert sind, in der AAU. keine bezahlten Funktionen übernehmen dürfen, trotzdem sie sich nen Beschlüssen der AAU. unterwerfen sollen, so kommt zu den schon aufgezählten Widersprüchen noch ein weiterer. Ganz davon abgesehen, daß es völlig sinnlos ist, die Diskussion mit Fragen zu belasten, die heute keine sind, so liegt der Sinn dieser Frage nicht darin, daß sie heute keine ist, sondern der Sinn auch dieser Frage ist ihr Charakter als Glied eines organisatorischen Systems, das die Kraft ersetzen soll, die nicht mehr aus dem materiellen Sein des Proletariats wächst, sondern im Kopfe von einigen Menschen. Nicht die ökonomische Grundlage ist hier die Vulkanquelle der Revolution, sondern der bloße Wille wird zum Triebrad der Geschichte. Trotzdem verrät dieses ganze organisatorische System eine solche Unsicherheit, daß es nicht von Nutzen ist, wenn diese Unsicherheit, die sich in den Köpfen einzelner widerspiegelt, der Partei als Richtschnur ihres Handeln dienen würde.

Diese Unsicherheit wird auch durch des letzte Argument, daß die revolutionäre Bewegung lediglich aus der revolutionären Erfahrung gespeist würde, schlecht verdeckt. Die Erfahrungen weniger nützen in der Praxis deswegen wenig, weil die wenigen die Revolution nicht machen, sondern die Klasse des Proletariats, zum mindesten der aktive Teil. Die Partei kann die Erfahrungen, die von ihr realisiert wurden, aber wiederum nur in Zeiten revolutionärer Situation mit dem Erfolg anwenden, der die revolutionäre Bewegung vorwärts und aufwärts trägt. Fehlen dazu die sozialen Voraussetzungen, wird die Partei verdammt, auf dem utopischen Schimmel herumzureiten, daß man durch Aufklärung die Revolution macht, wie die Anarchisten. Das ist der Weg ins graue Nichts.

Nun sei gern zugegeben, daß kein Mensch einen Garantieschein in der Tasche hat, in welcher Zeit, wo, unter welchen Umständen usw. der neue Sturm losbrechen wird. Nun, eine Garantie gibt es für den Kommunismus überhaupt nicht! Der Kommunismus ist das unvermeidliche Resultat der Entwicklung, wenn das Proletariat seine historische Mission begreift. Diese Kraft wird nicht vergrößert, wenn die Partei mit nundert „Wenn" und „Aber" kommt, sondern wenn sie ihre praktische Politik von den gegebenen Verhältnissen und der daraus sichtbaren Perspektive ableitet. Es ist möglich, daß wir „irren", wie Marx und Engels, wie Rosa Luxemburg im Kriege, wie das revolutionäre Proletariat sich schon so oft „geirrt" hat. Ein solcher „Irrtum" wird heute ein zeitlich noch beschränkterer sein, als in den hinter uns liegenden Jahren. Aber solange die Kolossalkrise praktisch andauert, und solange alle Versuche zu ihrer Ueberwindung den Druck auf die Massen verstärken — und das ist für jeden deutlich sichtbar — darf die Partei nicht an sich selbst irre werden, wenn unsere Propaganda nicht jeden Schwung verlieren soll. Eine Propaganda, die sich auf den „stabilisierenden" Kapitalismus aufbaut, hebt sich selbst auf, weil wir nicht die Aufgabe haben, den Kapitalismus als eine dauernd mögliche Gesellschaftsordnung zu rechtfertigen. Auch über diese Begriffe kann man streiten. Was für den Reformisten das schönste Gleichgewicht ist, entpuppt sich bei näherem Zusehen als eine Hölle für das Proletariat.

Die Kämpfe der Nachkriegszeit tragen alle dasselbe Charakteristikum. Der englische Generalstreik, die Aktion für Sacco und Vanzetti, die Julischlacht des österreichischen Proletariats, zuletzt die hilflosen Versuche der deutschen Proletarier, zeigen, daß von unten auf, oft als die Summe langjährigen Druckes, neue Formen des Klassenkampfes entspringen. Die Zeiten des Reformismus sind objektiv vorbei, und alle Halbheiten und Irrungen des Proletariats, die dem Reformismus noch einen Alt-Weibersommer verschaffen, erklären sich aus dem immer wieder erneuten Zurückschrecken des Proletariats vor der Größe seiner Aufgabe. Bis die Verhältnisse immer wieder von neuem rufen. Aus diesem Zusammenfließen und Ineinandergreifen von Krise, Kriegen, Klassenkampf auf sich stets steigernder Stufe fließt als Synthese die Energiequelle für die Einsicht in die Unvermeidlichkeit des Massenkampfes, und daraus wird der Idealismus geboren, den die Partei nötig hat, um als Motor der Revolution die Klasse in Bewegung zu bringen und sie durch die Union zum Herrn ihres Geschickes machen. Der Parteitag wird nicht in den Fehler verfallen dürfen, statistische „Nachweise" über die „Todeskrise" anzustellen, aber er wird vor der Einsicht der gegebenen Lage und der aus ihr sichtbaren Entwicklung richtige Schlüsse ziehen müssen, denn heute noch und Jahrzehnte fast schon herrscht in Europa die Todeskrise des Kapitals. U.

*) Siehe auch „KAZ.", Nr. 20 u. 21.

KAP. Groß-Berlin. Mitgliederversammlung am Donnerstag, d. 29. März 1928, abends 7,30 Uhr, in den Andreas-Sälen, Andreasstraße 21.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Georg Strübing, Berlin N. — Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, Willy Iszdonat, Berlin O 17.

Bestellzettel

Ich bestelle hiermit die

„Kommunistische Arbeiter-Zeitung"

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands
per Post — frei Haus

Der Bestellzettel ist als Drucksache oder persönlich an die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13, zu senden.

Name:

Ort:

Straße:

9. Jahrg. Nr. 25

s

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, März 1928.

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1,50 Mark, zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Die Außenpolitik des italienischen Faschismus

Am 25. März wurde der Gründungstag der Fascio gefeiert. „Messaggero" brachte am Sonntag morgen ein großes Bild des Duce mit seiner Unterschrift. „Der Mann, der vor neun Jahren die ersten Sturmtrupps aus dem Volke rief und siegreich das Zeichen der Liktoren aufpflanzte, der Heerführer und Meister, er führt heute das junge Italien zu den höchsten Zielen der Macht und des Ruhms".

Von den „Stabilisierungstheoretikern" aller Sorten wird gern Italien als dasjenige Land angeführt, wo sich nicht zuletzt in Folge der in der Person Mussolinis aufgestapelten Energien die Krise des Kapitalismus geschlossen und das bürgerliche System stabilisiert habe.

Wir haben des öfteren darauf hingewiesen, daß die bloße Tatsache der Gewaltanwendung von Seiten der Bourgeoisie gegen das Proletariat kein Grund ist, über Liquidierung der Krise zu schreien. Auch Niederlagen des Proletariats — und das Proletariat hat in den Jahren von 1918 bis heute eine schwere Niederlage erlitten, sind kein Grund, um von einer vollkommenen Neuorientierung und „Stabilisierung" des kapitalistischen Systems zu sprechen. Und erst recht nicht die Tatsache des Faschismus. Gerade er ist mit seinen Herrschaftsmethoden ein Zeichen dafür, daß die Bourgeoisie auf dem Abstieg befindlich, nicht mehr imstande ist, den Riesen Proletariat mit dem altbeliebten Geschwätz und Getue von der „Demokratie" so einzulullen wie bisher. Der Faschismus, der die Arbeiterklasse, ohne viel Phrasen zu machen, in spanische Stiefeln schnürt, muß sich viel schneller überleben als die „Demokratie". Er ist, auch wenn der nach der schweren Niederlage der letzten 10 Jahre nicht bemerkt, noch mehr als die sogenannte „Demokratie" geeignet, der Arbeiterklasse die Augen zu öffnen und die Klassengegensätze, die er mit offen zugegebener Gewaltanwendung zu Gunsten der Unternehmerschichten entscheidet, sehr rasch zu unerhörter Schärfe emporzupeitschen.

Wir wollen es uns heute ersparen, aufzuzeigen, wie es dem italienischen Faschismus nicht gelungen ist, auch nur einen der klassenbedingten Gegensätze, die durch die italienische Gesellschaft des 20. Jahrhunderts gehen, organisch auszugleichen oder auch nur zu mildern. Dazu ist der Kapitalismus auch in seiner italienischen Form und trotz der bombastischen Verkleidung, die ihm der kleine Kaiser Mussolini gibt, nicht imstande.

Wir wollen heute nur der Außenpolitik des italinischen Faschismus unsere Aufmerksamkeit widmen. Wir werden dabei sehen, wie wenig die außenpolitischen Narreteien des italienischen Imperialismus seine Schwäche verbergen kann und werden an diesem Kapitel der italienischen Politik sehr gut erkennen können, wie gerade die Ohnmacht des italienischen Kapitalismus, seine innersten Fragen in Ordnung zu bringen, zu dieser Tollhauspolitik nach außen führt.

Die Krisenperiode des sterbenden Kapitalismus unterscheidet sich von der Epoche des aufsteigenden bürgerlichen Systems unter anderen auch durch die große Zahl, Vielfältigkeit, Schärfe und Unrast der außenpolitischen Gegensätze der kapitalistischen Staaten untereinander. Daneben besteht das ebensp fleckrige, nervöse und vergebliche Bestreben derselben Mächte, zu überstaatlichen Kombinationen und damit zu einer gemeinsamen Klassenfront gegen das Proletariat zu gelangen.

Diesem Bestreben verdankt auch der Völkerbund sein kümmerliches Dasein, ohne daß diese groteske Vereinigung der Nationen auch nur imstande wäre, den schnellen Wechsel der imperialistischen Angriffs- und Verteidigungsbündnisse und Kombinationen und das eifrigste Wettrüsten der Mächte zu hemmen, oder auch nur zu verlangsamen.

Die italienische Außenpolitik spiegelt diese Grundlinien der imperialistischen Außenpolitik von heute in einem Maße wieder das an eine Karrikatur erinnert. Zwar ist auch Italien im Völkerbund, doch ist Musoslini an den verschiedensten Fronten und Brennpunkten der imperialistischen Welt mit einer Schärfe und Vehemenz interessiert, daß er geradezu das enfant terrible des imperialistischen Systems genannt werden kann. Dieses nach außen so stark in Erscheinung tretende Wesen und sich Uebernehmen der italienischen Außenpolitik hängt natürlich mit der inneren Struktur der italienischen Gesellschaft und Wirtschaft zusammen.

Italien trägt in vieler Hinsicht die Merkmale ökonomisch rückständiger Länder, besonders im Süden sind Analphabeten von kernigstem politischen Bildungs- und Erkenntnisgrad. Sie geben vor allem billige Lohnarbeiter ab und reizen das fremdländische Kapital hochentwickelter Industrieländer zur Investierung an. Hinzu kommt, daß besonders im Norden des Landes eine hochentwickelte Bourgeoisie ihren Sitz hat mit allen Attributen und Ansprüchen, die die modernen finanzkapitalistische und monopolistische Produktionsweise erzeugt. Dennoch kann der „Bevölkerungsüberschuß" von dieser Industrie bei weitem nicht konsumiert werden. Ständige Auswanderung ist die Folge. Hinzu kommt, daß Italiens geographische Lage — die Halbinsel teilt das für alle imperialistischen Mächte so wichtige Mittelmeer in zwei Teile — ebenso wie seine lange Küste es geradezu vorausbestimmt, an allen möglichen Konflikten dieser Mächte Teil zu haben.

Dabei erhält Italien einen ganz besonderen Ansporn von England und insbesondere von den Vereinigten Staaten von Amerika, die diesem Lande starke Kredite gewährt haben. So ergeben sich die Reibungsflächen in der Hauptsache gegen Frankreich und seinen Vasallen am adrianischen Meer, Jugoslawien. Bezeichnend ist, daß daneben, wie schon gesagt, alle möglichen anderen Rivalitäten bestehen und in chaotischem Wirrwar und ungeordneter Reihenfolge von Mussolini zum Austrag gebracht werden.

Den Angelpunkt der italienischen Außenpolitik bildet die

Spiele statt Brot

Der 20. Mai scheint nun endgültig als Wahltermin für den neuen Reichstag in Aussicht genommen zu sein. Wahrscheinlich werden die Wahlen zum Preußischen Landtag mit denen zum Reichstag zeitlich zusammenfallen. Die Hochkonjunktur des Wahlschwindels kann also beginnen.

Damit findet eine großzügig angelegte Schiebung einen ihrer Höhepunkte. Schon über die wirklichen Gründe der Auflösung spricht niemand, obwohl in der bürgerlichen Presse und ihrem sozialdemokratisch-moskauer Anhängsel von parlamentarischen Dingen sonst viel Wesen gemacht wird.

Diese Gründe sind in der Hauptsache außenpolitischer Natur. Herr Stresemann, der während der entscheidenden Februarvorgänge im Reichstag auf einer Geschäfts- und „Erholungsreise" in Frankreich weilte, hat ohne Zweifel dortselbst sich von Briand „überzeugen" lassen, daß es gut ist, sich mit der deutschen Reichstagswahl so zu beeilen, daß ihre Auswirkungen alsbald nach den französischen Aprilwahlen sichtbar werden. Nach dem Abschluß der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen und nach dem schnellen Verbrauch der „nationalen" Kräfte beider Länder an Regierungen, sind Briand und Stresemann gezwungen, sich die Tür zu einer neuen „pazifistisch-demokratischen" Aera in beiden Ländern auf alle Fälle offen zu lassen. Diese dürfte allerdings die Geschäfte der finanzkapitalistischen Trusts und Konzerne noch brutaler besorgen, als die früheren Regierungen des „Linksblocks" und der Weimarer Koalition".

Hiermit ist schon angedeutet, daß der Verlauf und die Ergebnisse des Stürmchens und der „Krise" im deutschen Reichstag, eine, wenn allerdings auch nur matte Widerspiegelung der wirtschaftlichen und politischen Krise sind, in die sich der deutsche Kapitalismus immer mehr verstrickt und die er mit seinen Mitteln nicht lösen kann. Da ist es bequem, wenigstens das parlamentarische Firmenschild von Zeit zu Zeit zu ändern. Das ist, solange man das parlamentarische System in seiner heutigen Form noch beibehält, die verhältnismäßig harmloseste Sache, um die „Wähler" erneut eine Zeitlang hinzuhalten und unschädlich zu beschäftigen. Zeit gewinnen und weiter wursteln, ist alles, was der deutsche Kapitalismus überhaupt noch fordern kann und mehr verlangt er auch gar nicht.

Die parlamentarischen Parteien und die parlamentarische Regierung der Republik glauben leider nicht mit Unrecht, den Massen so ziemlich jeden Kohl vorsetzen zu können. An dem immer schärfer gegen die breiten Massen gerichteten Kurs des deutschen Kapitalismus sind die parlamentarichen Parteien von den Deutschnationalen bis zur KPD. jedoch schon durch die Tatsache ihres bloßen Bestehens als parlamentarische Parteien, d. h. als Eckpfeiler des von der Bourgeoisie geschaffenen politischen Systems mitschuldig. Die „Taten" aller dieser Parteien im einzelnen sind nur die logische Schlußfolgerung dieser ihrer parlamentarischen, d. h. gesetzlich-bürgerlichen Existenz.

Besonders nötig ist die Entlarvung derjenigen Parteien, die angeblich die besondere Vertretung der Interessen der Arbeiter und „Werktätigen" im Parlament auf ihre Fahne geschrieben haben. Bei diesen Parteien der KPD. und SPD. pflegt der Gegensatz zwischen Phrase und Tat noch krasser zu Tage zu treten wie bei den offen Bürgerlichen. Sie sind es, die die proletarischen Kräfte lähmen und an das bürgerliche System ketten. Es ist ein Schauspiel für Götter, daß z. B. die SPD. im Wahlkreis Potsdam 1 ausgerechnet mit dem Spitzenkandidaten Rudolf Wissell antritt. Wissell ist der Vertreter jenes Schlichtungssystems, gegen das jetzt sogar die zahmen Buchdrucker rebellieren, wie der „Vorwärts" selbst mitteilen muß, und gegen das auch die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter der Eisenbahn eben erst Sturm liefen.

Die KPD. aber steht vor dem völligen Zusammenbruch ihres in sich unmöglichen sogenannten „revolutionären" Parlamentarismus. Dieser steht auf derselben Stufe wie der sogenannte „Aufbau des Sozialismus" in Rußland und ist ein organischer Bestandteil der Nep, d. h. ein Reformismus mit zunächst kleinbürgerlich-radikalem Anstrich, der in der Koalition enden muß und schon endet. Auch dieses läßt sich leicht an den Einzelheiten der täglichen „Kleinarbeit" der KPD. im Parlament nachweisen und die verschiedensten Anträge der KPD. an dieser Stätte ihrer „positiven" Wirksamkeit, die wir demnächst erneut veröffentlichen werden, sprechen in dieser Hinsicht eine deutliche Sprache. Keine „Linksschwenkungen" darf diese „Taten" der KPD. in den Hintergrund treten lassen. Schon geben die Deutschnationalen die amtlichen „Friedensdokumente" ihrer russischen Granatenfreunde heraus. Wahrlich: der Wahlkampf kann beginnen.

Es ist ein „Kampf" der Schatten, hinter denen der Tod lauert; denn der Kampf um den Abbau des parlamentarischen Systems und um die Reduzierung auch seines äußeren Wesens auf das Maß seiner inneren Bedeutungslosigkeit ist nicht eingestellt und wird mit neuer Schärfe beginnen. Die bürgerliche Demokratie stirbt ab; nichts wird sie zu neuem Leben erwecken.

Der Bund des Herrn Dr. Luther mit der Schwerindustrie für „Erneuerung" des Reichs in diesem Sinne besteht weiter. Seine Zeit, die Zeit, in der auf dem Wege des trockenen Putsches erledigt und vollendet wird, was die Kapp und Lüttwitz und Hitler auf andere Art begannen, ist schon da und wir leben schon in ihr.

Wer sich an dem von der Bourgeoisie inszenierten Wahlrummel beteiligt, hilft mit, die Bourgeoisie erneut im Sattel zu festigen und das Proletariat am Gegenangriff zu verhindern. Das Proletariat muß daher begreifen, daß sein Heil und seine Befreiung nicht im Stimmzettel, sondern in der außerparlamentarischen, revolutionären Massenaktion liegt und nur durch diese zu verwirklichen ist.

Nun, an dem Wesen der kapitalistischen Ordnung wird nichts geändert, und ganz gleich, was an der Spitze dieses kapitalistischen Staates steht; die wirkliche Macht liegt in den Kontoren der Trust und Konzerne, in den Banken; und die Regierer, die auf die „demokratische Entwicklung" schwören, können und werden nicht den Ast absägen, auf dem sie sitzen. Arbeitslosigkeit als unvermeidliche Erscheinung der fortdauernden Rationalisierung, Lohndruck als Folge der Ueberfüllung der Sklavenmärkte, verschärfte Ausbeutung zwecks noch ergiebigerer Steigerung der Profitrate, um den Konkurrenzkampf erfolgreich fortführen zu können, sind die Disteln, die auf dem Acker des Proletariats weiter wachsen werden, trotz alles Geschreis über „Abrechnung" und Siege".

Das Proletariat, über den Ausgangspunkt seines ersten Anlaufs zurückgeworfen, nähert sich von neuem der Grenze, die von Maschinengewehren besetzt ist. Die Demokratie lockt erneut ihre Opfer, um ihnen zu zeigen, daß es ein leeres Schemen ist, für das anstürmende Proletariat. Wenn es auch unvermeidlich scheint, daß das Proletariat einen verkehrten Weg von neuem geht, so werden ihm letzten Endes diese Wahlen selbst die Augen öffnen, daß die Demokratie des Kapitalismus zum Strick geworden ist, den das Proletariat zerreißen muß, um sich als Klasse zu sammeln und zu kämpfen gegen den Kapitalismus und seine Demokratie, der dem Proletariat mit Spielen imponieren will, weil er ihm Brot nicht mehr geben kann.